

Initiativprüfung

Bericht

Rechnungsabschluss 2010 des Landes OÖ



Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Tel.: (+43 732) 7720-11426
Fax: (+43 732) 7720-214089
E-Mail: post@lrh-ooe.at
www.lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Redaktion:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juni 2011

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzfassung	1
Rechnungsabschluss 2010	6
Kassenabschluss	6
Haushaltsrechnung	7
Haushaltsergebnis	7
Maastricht-Ergebnis	8
Vollständigkeit der Haushaltsrechnung	9
Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung	9
Vollzug des Voranschlags	10
Voranschlag und Nachtragsvoranschlag	10
Abweichungsanalyse	11
Einnahmen- und Ausgabenrückstände	12
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	14
Überblick über Summen und Salden	14
Einnahmen- und Ausgabenarten im Jahresvergleich 2009/2010	17
Laufende Gebarung	17
Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)	20
Finanztransaktionen	20
Nachweise	21
Personal	21
Personalausgaben	21
Anzahl der Beschäftigten	23
Pensionen	23
Transfers von/an öffentliche Rechtsträger	24
Rücklagen	25
Schulden	26
Finanzschulden	27
Noch nicht fällige Verwaltungsschulden	29

Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen	29
Einlösung von Wohnbaudarlehen durch die Landesholding	30
Haftungen	31
Beteiligungen	32
Wertpapiere	33
Verwahrgelder und Vorschüsse	33
Umsetzung von Empfehlungen aus der Prüfung des RA 2009	35
Strategie zur Haushaltskonsolidierung	35
Budgeterstellung und -vollzug	36
Einhaltung der Haushaltsordnung im Budgetvollzug	37
Klare Hinweise auf budgetäre Bedeckung	37
Soll-Stellung fälliger Zahlungsverpflichtungen	38
Finalisierung der Umfahrung Ebelsberg	38
Nutzung von Effizienzsteigerungen	38
Evaluierung des Gesamtverkehrskonzeptes 2008	39

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS / GLOSSAR

A

Ausgliederung	Auslagerung von Aufgaben (Tätigkeiten) der öffentlichen Hand auf Rechtsträger des Privatrechts (GmbH oder AG), wobei der ausgegliederte Rechtsträger im Eigentum der ausgliedernden Körperschaft steht oder zumindest von dieser beherrscht wird.
----------------------	---

B

Barwert	Auf einen bestimmten Stichtag durch Abzinsung der künftigen Zahlungen ermittelter Wert.
BH, BHs	Bezirkshauptmannschaft(en)
BZ	Bedarfszuweisung(en)

E

Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	Abgaben, die gemäß Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund und Ländern (Gemeinden) geteilt werden.
ESVG 95	Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus 1995
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union

F

Finanzschulden	Im Wesentlichen Geldverbindlichkeiten, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlung um mehr als zehn Jahre hinausgeschoben wird.
Freie Finanzspitze	Jener Betrag, der aus den laufenden Einnahmen für Investitionen, Investitionsförderungen oder Darlehensgewährungen bereit steht.

G

gespag	Oö. Gesundheits- und Spitals-AG
Ggr.	Gebarungsguppe

H

Haushalt	Ausgaben und Einnahmen, die Gegenstand der Veranschlagung sind (voranschlagswirksame Gebarung) – im Gegensatz zur durchlaufenden bzw. voranschlagsunwirksamen Gebarung.
Hgr.	Haushaltsgruppe
HO	Haushaltsordnung des Landes OÖ gemäß Beschluss der Oö. Landesregierung vom 18.5.1998 idgF

I

Ist-Ergebnis	Differenzwert zwischen kassenwirksamen Einnahmen und kassenwirksamen Ausgaben
---------------------	---

K

Kapitaltransfer(-zahlung)	Zahlungen für Investitionszwecke von/an Gebietskörperschaften oder andere Dritte
Kassenabschluss	Bestandteil des Rechnungsabschlusses, der die Kassengebarung darstellt
KZ	Kennziffer

L

Laho	OÖ Landesholding GmbH
LIG	Landes-Immobilien GmbH
LRH	Oö. Landesrechnungshof
LT	Landtag

M

Maastricht-Ergebnis	Zielgröße für die Verpflichtungen gemäß Europäischem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Diese volkswirtschaftliche Größe wird auf gesamtstaatlicher Ebene errechnet, wofür die einzelnen Gebietskörperschaften einen Beitrag zum Maastricht-Ergebnis (Stabilitätsbeitrag) leisten.
MTG	Musiktheater Linz GmbH

N

Noch nicht fällige Verwaltungsschulden	Verbindlichkeiten des Landes, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar feststeht, deren Fälligkeit am Ende des Finanzjahres aber noch nicht eingetreten ist.
NVA	Nachtragsvoranschlag, -voranschläge

O

ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
Oö. LRHG	Oö. Landesrechnungshofgesetz, LGBl. Nr. 38/1999 idgF
OÖVV	Oberösterreichischer Verkehrsverbund
Österreichischer Stabilitätspakt	Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur Verstärkung der Stabilitätsorientierung ihrer Haushaltsführung.

Q

Querschnittsrechnung	Übersicht aller Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsquerschnitt
Quote öffentliches Sparen	Überschuss bzw. Ergebnis aus der Gegenüberstellung der laufenden Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes.

R

RA	Rechnungsabschluss
RL	Rücklage(n) – Beträge, die in einem Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden und daher für das folgende Jahr zur Verfügung stehen (Haushalts- und Finanzreserven).
RQ	Rechnungsquerschnitt – ökonomische Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben in zwei Bereiche (laufende Gebahrung und Vermögensgebarung).

S

SAP	Rechnungswesen-Software des Landes OÖ
Soll-Ergebnis	Einnahmen minus Ausgaben (laufendes Soll); das „laufende Soll“ entspricht der Anordnung bzw. dem Erfolg
Sollstellung	Sollstellung ist eine erfolgswirksame Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben ohne kassenmäßigen Vollzug

T

TIG	OÖ Thermen-Immobilien GmbH
Transferzahlungen	Einnahmen und Ausgaben für Leistungen der öffentlichen Hand, aber auch von Unternehmungen und Haushalten ohne unmittelbare Gegenleistung.
Triple-A-Rating	Bonitätsbewertung durch Standard & Poors

U

Ü-Mittel	Nicht verbrauchte Ausgabekredite, die in das Folgejahr übertragen werden (Übertragungsmittel)
UA	Unterabschnitt

V

VA	Voranschlag; er ist Auftrag und Ermächtigung des Landtags, die Wirtschaft des Landes zu führen
VBÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent(e)
Verwahrgelder	Nicht haushaltswirksame Einnahmen mit Rückzahlungs- bzw. Weiterleitungsverpflichtung
Vorschüsse	Nicht haushaltswirksame Ausgaben mit Rückforderungsanspruch
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, BG-Bl. Nr. 787/1996 idgF; mit dieser Verordnung werden die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt.

W

WAG-Genussrechte	Genussrechte der Beteiligungs- und Wohnungsanlagen GmbH & Co OEG
WBF	Wohnbauförderung
WP	Wertpapier(e)

RECHNUNGSABSCHLUSS 2010 DES LANDES OÖ

Geprüfte Stelle(n):

Direktion Finanzen
Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr

Prüfungszeitraum:

14.3.2011 bis 29.4.2011

Rechtliche Grundlage:

Initiativprüfung im Sinne des § 4 Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 1 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/99 idgF

Prüfungsgegenstand:

Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2010

Prüfungsziel:

- Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Rechnungsabschlusses 2010
- Analyse der Haushalts- und Finanzsituation des Landes OÖ
- Stand der Umsetzung der vom Finanzausschuss am 24.6.2010 im Zuge der vorjährigen RA-Prüfung beschlossenen Empfehlungen

Prüfungsteam:

Martin Mühlbacher MBA (Prüfungsleiter), Daniela Grillberger, Mag. Dr. Birgit Fuchshuber, Mag. Thomas Hammer

Prüfungsergebnis:

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde den Vertretern der Direktion Finanzen und dem Landesfinanzreferenten in den Schlussbesprechungen am 8. Juni 2011 und 20. Juni 2011 zur Kenntnis gebracht. Die Prüfungsfeststellungen zur Umsetzung der Empfehlungen aus der vorjährigen Prüfung des Rechnungsabschlusses wurden mit der Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr abgestimmt.

Legende:

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

KURZFASSUNG

(1) Rechnungsabschluss ordnungsgemäß erstellt

Der LRH stellte fest, dass der Rechnungsabschluss 2010 (RA) des Landes OÖ ordnungsgemäß erstellt wurde und die finanzielle Lage der Gebietskörperschaft Land (ohne die ausgliederten Gesellschaften) korrekt abbildet.

(2) Haushaltsausgleich im Krisenjahr 2010 erforderte 475 Mio. Euro

So wie in den Vorjahren konnte das Land im Jahr 2010 den Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils 4.914,3 Mio. Euro ausgleichen. Dafür waren 475,4 Mio. Euro aus Rücklagen, Darlehensaufnahmen und Forderungsverkäufen notwendig. Dieser Mittelbedarf zum Haushaltsausgleich war 2010 um 15,9 Mio. Euro niedriger als im RA des Vorjahres und großteils auch im Budget eingeplant. Er lag aber deutlich über dem Niveau der Jahre 2007 und 2008. Dies war im Wesentlichen auf die Einnahmehausfälle bei den Bundesabgaben-Ertragsanteilen (2009 und 2010 insgesamt 455 Mio. Euro gegenüber der Prognose 2008 des Finanzministeriums) und auf die zusätzlichen Ausgaben für Gratiskindergarten, öffentlichen Nahverkehr (60 Mio. Euro einmalig) sowie Gemeindeförderungen zurückzuführen. Der LRH hielt den Bedarf zum Haushaltsausgleich 2010 für sehr hoch. Dies auch deshalb, weil die schuldrechtlichen Verpflichtungen außerhalb des Landeshaushaltes um 123 Mio. Euro stiegen (siehe Pkt. 6 der Kurzfassung).

Der Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich bedeutet in Relation zu den Gesamtausgaben, dass das Land in den letzten zwei Jahren beinahe jeden zehnten Euro im Haushalt aus Vermögensverkäufen oder Fremdmitteln finanzieren musste. Für den LRH ist eine deutliche Reduzierung des jährlichen Finanzbedarfes zum Haushaltsausgleich notwendig, was durch die eingeleiteten Strukturreformen auch gelingen soll.

Der im Jahresvergleich 2009/2010 leicht rückläufige Mittelbedarf zum Haushaltsausgleich weist für den LRH auf erste Schritte zur Haushaltskonsolidierung hin. Vor allem durch Ausgabeneinsparungen bei Investitionen, Investitionsförderungen und anderen Ermessensausgaben steuerte das Land den rückläufigen Ertragsanteilen entgegen.

(3) Hohe Nachtragsmittel im Budgetvollzug notwendig

2010 stellte der Oö. Landtag zusätzliche Budgetmittel von 204 Mio. Euro in einem Nachtragsvoranschlag (NVA) bereit. Sie betrafen die fremdfinanzierte Erhöhung der Gemeindeförderungen (69 Mio. Euro), die ab 2013 wieder aus Gemeinde-Bedarfszuweisungen zurückzuzahlen sind, den öffentlichen Nahverkehr (60 Mio. Euro) und zahlreiche andere Bereiche. Im Interesse der gebotenen Haushaltskonsolidierung sollte das Land mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel in einem NVA in Hinkunft grundsätzlich sehr zurückhaltend sein. Er empfiehlt, etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem VA einzusparen und nicht zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben einzusetzen.

(4) Maastricht-Ziel war nicht zu erreichen

Aus den RA-Zahlen ergab sich 2010 ein negativer Finanzierungssaldo (Stabilitätsbeitrag des Landes zum gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnis) von 418,6 Mio. Euro. Auf Grund einer erfolgten Klarstellung in Bezug auf die Krankenanstaltenfinanzierung durch Eurostat ist diesem Betrag die Netto-Neuverschuldung der gespag hinzu zu rechnen, um annähernd den tatsächlichen Stabilitätsbeitrag bzw. das Defizit nach ESVG für Oberösterreich zu erhalten. Den exakten Wert hat die Statistik Austria nach den Kriterien des ESVG festzustellen. Unter Berücksichtigung der gespag-Neuverschuldung von 51 Mio. Euro ergibt sich für 2010 ein negativer Stabilitätsbeitrag von etwa 469,6 Mio. Euro. Mit diesem Ergebnis wurde das finanzpolitische Ziel „Erreichen eines Maastricht-Überschusses“ nicht erreicht. Damit haben das Land und auch die anderen Vertragspartner den Stabilitätspakt 2008 nicht eingehalten.

Der neue Stabilitätspakt 2011 ermöglicht dem Land OÖ voraussichtlich jährliche Defizite von bis zu 340 Mio. Euro (inklusive Krankenanstalten). Im Interesse der intergenerativen Gerechtigkeit sowie aus wirtschafts- und währungspolitischen Überlegungen ist das Land OÖ im Zusammenwirken mit den anderen Gebietskörperschaften gefordert, die künftige Budgetpolitik wieder verstärkt stabilitätsorientiert auszurichten, das derzeit hohe Defizit zu verringern und den neuen Stabilitätspakt primär durch Ausgabeneinsparungen in der laufenden Gebarung, bei Investitionen und Investitionsförderungen einzuhalten.

(5) Finanzproblem in der laufenden Gebarung

Im Jahr 2010 hat sich der Rückgang bei den Bundesabgaben-Ertragsanteilen verlangsamt. Im Jahresvergleich 2009/2010 wurden die Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen von 33,3 Mio. Euro durch andere Mehreinnahmen seitens des Bundes kompensiert. Das Land musste aber weitere Mindereinnahmen vor allem bei den Zinserträgen hinnehmen, sodass die laufenden Einnahmen im Jahresvergleich 2009/2010 in Summe um 5,1 Mio. Euro rückläufig waren.

Die laufenden Ausgaben stiegen hingegen um 177,6 Mio. Euro. Hauptverantwortlich dafür waren die Transferzahlungen für Abgangsdeckungen der Krankenhäuser, für die Haushaltsabgänge der Gemeinden sowie für Kindergärten und Oö. Verkehrsverbund. Weitere Mehrausgaben ergaben sich im Sozialbereich sowie bei den Aufwendungen für Personal und Pensionen. Der LRH weist auch darauf hin, dass sich die Folgekosten der Investitionen (z. B. Ordenskrankenhäuser) und die vermehrte Umstellung der Wohnbauförderung von Darlehen auf Zuschüsse nachteilig auf das Ausgabenniveau in der laufenden Gebarung auswirkt.

In den letzten zwei Jahren gingen die laufenden Einnahmen in Summe jeweils um 0,1 Prozent zurück, während die Ausgaben 2009 um 6,7 Prozent und 2010 um 4,6 Prozent anstiegen. Diese vielfach krisenbedingte Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben hatte zur Folge, dass sich der laufende Überschuss 2010 auf 71,3 Mio. Euro verminderte und die daraus ableitbare freie Finanzspitze des Landes mit minus 62,6 Mio. Euro erstmals negativ wurde. Das bedeutet, dass teilweise schon laufende Zahlungsverpflichtungen wie der Trägerselbstbehalt der gespag sowie alle investiven Maßnahmen aus Einnahmen der Vermögensgebarung finanziert werden mussten.

Aus der Sicht des LRH soll die freie Finanzspitze des Landes OÖ mittelfristig jedenfalls wieder einen positiven Wert von über 10 Prozent der laufenden Einnahmen erreichen, was einem Konsolidierungsbeitrag von mehreren hundert Millionen Euro im Pflicht- und Ermessensbereich des Landes erfordert. Es kann nicht erwartet werden, dass dieser Betrag aus konjunkturellen Mehreinnahmen erzielt wird. Vielmehr muss es gelingen, die jährlichen Ausgabensteigerungen weiter einzudämmen, das Einnahmepotenzial vermehrt auszuschöpfen und die laufenden Leistungseinnahmen und Abgaben zu erhöhen. Der LRH begrüßt daher die diesbezüglichen Entscheidungen des politischen Lenkungsausschusses in den Reformprojekten wie z. B. den Abbau von Dienstposten, die geplante Erhöhung der Musikschulbeiträge zwecks Verbesserung des Deckungsgrades und die neu eingeführte Spielapparateabgabe. Für den LRH ist die konsequente Umsetzung der ambitioniert angegangenen Verwaltungs- und Spitalsreform unerlässlich. Er meint auch, dass längerfristig die Steuerautonomie der Länder gestärkt werden soll, um die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zusammen zu führen.

(6) Geldveranlagungen rückläufig - Verschuldung steigend

Die Ist-Verschuldung im RA erhöhte sich von 92 Mio. Euro auf 165,4 Mio. Euro. Dieser Stand an Finanzschulden ist im Bundesländervergleich noch gering. Den Finanzschulden standen Geldveranlagungen von 280 Mio. Euro gegenüber, die sich im Vorjahr noch auf 480 Mio. Euro beliefen. Von der Neuverschuldung entfielen 56,8 Mio. Euro auf Kreditaufnahmen für Gemeindeförderungen durch Bedarfszuweisungen und 16,6 Mio. Euro auf Kredite zur Liquiditätssicherung. In Anbetracht des Finanzbedarfs zum Haushaltsausgleich ist die Neuverschuldung von 73,4 Mio. Euro noch relativ gering. Dies konnte vor allem durch Einmaleffekte aus Rücklagenentnahmen und Verkaufserlösen erreicht werden.

Bei der Beurteilung der Verschuldung ist aber zu berücksichtigen, dass das Land bereits seit Jahren zur Realisierung von hohen Investitionen mitunter diverse Sonderfinanzierungen tätigte oder Fremdmittel in den ausgegliederten Gesellschaften aufnahm. Die Finanzverpflichtungen aus derartigen Sonderfinanzierungen und ausgelagerten Schulden beliefen sich zu Jahresbeginn 2010 auf 925,1 Mio. Euro und erhöhten sich bis zum Jahresende auf 1.048,1 Mio. Euro. Der Anstieg um 123 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Neuverschuldung der gespag (51 Mio. Euro), den fremdfinanzierten Investitionen bei den Ordenskrankenhäusern (55,5 Mio. Euro) und der Errichtung des Musiktheaters (22,7 Mio. Euro).

Wie der LRH feststellte, haben sich die aus Steuergeldern zurück zu zahlenden Finanzverbindlichkeiten des Landes (Ist-Verschuldung, Sonderfinanzierungen und ausgelagerte Schulden) seit 2007 mehr als verdoppelt, die aus künftigen Budgets zu bedecken sind. Sie beliefen sich 2007 auf 600,7 Mio. Euro, 2010 auf 1.213,4 Mio. Euro. Wenn das Land in Zukunft die Neuverschuldung in einem maßvollen Rahmen halten will, ist es notwendig, dass sich die Investitionstätigkeit im Landeshaushalt und in den vom Land zu finanzierenden Gesellschaften wieder mehr nach den verfügbaren Einnahmen aus der laufenden Gebarung richtet.

(7) Weitere Wohnbauförderungsdarlehen an Landesholding verkauft

Im Jahr 2010 übernahm die Landesholding (Laho) wieder Forderungen aus Wohnbaudarlehen mit einem Nominalwert von 345,6 Mio. Euro. Den dafür an das Land bezahlten Barwert von 190 Mio. Euro finanzierte die Gesellschaft mittels Bankdarlehen, das sie aus den erwarteten Darlehensrückflüssen von 430,2 Mio. Euro tilgen wird. Diese Darlehensrückflüsse

gehen weiterhin beim Land ein und sind außerhalb des Haushalts an die Laho weiter zu leiten. Der Erlös aus diesem Geschäft kam zwar dem Landeshaushalt zu Gute, führte aber dazu, dass die Finanzverbindlichkeiten in der Laho von 512,4 Mio. Euro auf 715,1 Mio. Euro stiegen. Diese Schulden können grundsätzlich aus den eingelösten Darlehensrückflüssen gedeckt werden.

Betragliche Differenzen ergeben sich im Fall einer vorzeitigen Rückzahlung von bereits verkauften Darlehen. Solche Rückzahlungen hat das Land zum jeweiligen Barwert bzw. Nominale ermöglicht. Die daraus erzielten Erlöse sind in den vorhandenen Verwahrgeldern von 270,6 Mio. Euro enthalten. Von diesen Geldern profitiert zwischenzeitig das Land, da die daraus erzielten Zinserträge im Haushalt eingenommen und Schuld aufnehmen hinausgezögert werden können. Im Laufe der Zeit ergeben sich dadurch aber Differenzen zwischen den eingenommenen Barwerten und den Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Forderungskäufern, die aus dem Haushalt auszugleichen sind. Nach aktuellen Berechnungen sind für die vertraglich fix vereinbarten Zahlungen voraussichtlich 150,9 Mio. Euro aus dem Haushalt in den nächsten Jahrzehnten bereit zu stellen. Nach Meinung des LRH sollte dieser offene Betrag im Nachweis der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden evident gehalten und durch laufende Zuschüsse aus dem Haushalt innerhalb der nächsten 20 Jahre gedeckt werden.

(8) Haushaltsfinanzierung aus Rücklagen ist zu Ende - Haushaltsproblem nur durch Reformen dauerhaft lösbar

Die in den letzten Jahren aus Vermögensverkäufen immer wieder aufgebaute und frei verfügbare Haushaltsrücklage verminderte sich 2010 von 264,8 Mio. Euro auf 48,6 Mio. Euro. Dieser Stand liegt bereits unter dem im VA 2011 als Rücklagenentnahme eingeplanten Wert von 62,7 Mio. Euro. Die vorhandene Haushaltsrücklage reicht nicht mehr aus, um den Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich 2011 zu decken. Da in Zukunft kaum noch größere Rücklagen aus weiteren Vermögensverkäufen aufgebaut werden können, empfiehlt der LRH seit Jahren, das Ausgabenniveau des Landes wieder mehr nach den laufenden Einnahmen auszurichten, was bislang vielfach unberücksichtigt blieb. Das bestehende Finanzproblem braucht aber eine dauerhafte und nachhaltige Lösung durch strukturelle Reformen zur Entlastung des Landeshaushaltes. Durch die eingeleiteten Reformen müssen weitere Ausgabeneinsparungen im Pflicht- und Ermessensbereich insbesondere bei Investitionen, Personal, Förderungen und Transfers zwischen den Gebietskörperschaften gelingen. Die strategischen Reformansätze zur Haushaltsentlastung beurteilt der LRH aufgrund der bisherigen Schritte und Ergebnisse in den Reformprojekten als zweckmäßig. Er wird die Umsetzung der Reformvorschläge in seiner Prüfungstätigkeit unterstützen und realisierbare Einsparungen einfordern. Er meint, dass zur Verdeutlichung des Konsolidierungserfordernisses und der finanziellen Auswirkungen von geplanten Maßnahmen der Stellenwert einer mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung erhöht und der Planungsprozess weiter professionalisiert werden sollte.

(9) Empfehlungen aus vorjähriger RA-Prüfung in Umsetzung

Die Empfehlungen aus der Vorjahresprüfung des RA wurden entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Ausschusses für Finanzen umgesetzt oder sind in Umsetzung. Die zahlreichen Empfehlungen aus der damals schwerpunktmäßigen Überprüfung des Budgetvollzugs im Verkehrsressort wurden in einem hohen Ausmaß beachtet.

(10) Zusammenfassende Empfehlungen

Aus der Prüfung des RA 2010 und der Analyse der Haushalts- und Finanzsituation des Landes regte der LRH an:

- I. **Zusätzliche Ausgaben aufgrund von etwaigen Mehreinnahmen aus Ertragsanteilen in künftigen Nachtragsvoranschlägen spürbar reduzieren. (siehe Pkt. 7.2. Seite 11; Umsetzung ab sofort)**
- II. **Auf Basis des jeweiligen Stabilitätspakts und der finanzpolitischen Zielsetzungen sollte eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung erstellt werden, die die Ergebnisse aus den laufenden Reformprojekten berücksichtigt. Die Planung sollte mit den politischen Referenten unter Einbindung der Bewirtschafteter abgestimmt und im Zuge des Voranschlages dem Oö. Landtag vorgelegt werden. Für diesen Planungsprozess sollten die notwendigen Prozessschritte sukzessive definiert werden. (siehe Pkt. 32.2. Seite 35; Umsetzung ab sofort)**
- III. **Für den langfristigen Zuschussbedarf von insgesamt rd. 150 Mio. Euro im Zusammenhang mit veräußerten Wohnbaudarlehen sollten Jahresraten innerhalb der nächsten 20 Jahre im Landeshaushalt bereit gestellt werden. Darüber sind entsprechende politische Beschlüsse zu fassen. (siehe Pkt. 29.2. Seite 34; Umsetzung ab sofort)**

RECHNUNGSABSCHLUSS 2010

Der RA des Landes OÖ für das Verwaltungsjahr 2010 besteht entsprechend der HO und der VRV aus dem Kassenabschluss, der Haushaltsrechnung und den vorgeschriebenen Nachweisen. Die RA-Daten werden automationsunterstützt aus der mittels SAP geführten Landesbuchhaltung abgeleitet.

Der RA umfasst drei Bände und Erläuterungen über Abweichungen gegenüber dem VA einschließlich NVA. Der RA samt Begründungen für die Abweichungen ist nach Kenntnisnahme durch den Oö. Landtag im Internet unter www2.land-oberoesterreich.gv.at/varaweb/ öffentlich abrufbar.

KASSENABSCHLUSS

- 1.1.** Der Kassenabschluss per 31.12.2010 zeigt einen buchmäßigen Geldbestand von 285,4 Mio. Euro. Dieser Bestand setzte sich aus Mitteln der Zentralverwaltung (282,1 Mio. Euro), der 15 Bezirkshauptmannschaften (2,9 Mio. Euro) und der 65 Nebenkassen (0,4 Mio. Euro) zusammen. Der Geldbestand laut Kassenabschluss stimmte mit den Geldbestandsnachweisen per 31.12.2010 überein. Auch beim Abgleich der Salden der Geldbestandsnachweise mit den Kassen-, Bank- und Sparguthabenständen ergaben sich keine Differenzen.
- 1.2.** Der LRH bestätigte die Richtigkeit des Kassenbestandes von 285,4 Mio. Euro. Dieser positive Bestand zum Jahresende 2010 war möglich, weil hohe Finanzmittel aus Rücklagenentnahmen (224,3 Mio. Euro), aus dem Verkauf von WBF-Darlehen (190 Mio. Euro) und aus Fremdmittelaufnahmen (73,4 Mio. Euro) in der Landeskasse eingingen. Vom hohen Kassenbestand waren 265 Mio. Euro in Wertpapieren und WAG-Genussrechten veranlagt. Auch die gesamten Mittel aus der Haushalts-RL (48,6 Mio. Euro) sind im Kassenbestand enthalten.

Weiters stellte der LRH fest, dass die unterjährig aufgenommenen Fremdmittel zur Sicherung des Gebarungsablaufes höher waren als zu Jahresende. Die tatsächliche Ausnutzung blieb aber durchwegs deutlich unter der im VA 2010 vorgesehenen Höchstgrenze von 800 Mio. Euro.

- 2.1.** Die Bezirkshauptmannschaften führen im Rahmen der Treuhandgebarung eigene Sparbücher mit unterschiedlicher Verzinsung. Darüber hinaus erstellte eine Bezirkshauptmannschaft nicht einen, sondern mehrere Kassenladenabschlüsse.
- 2.2.** Nach Ansicht des LRH wiesen einzelne Sparbücher der Bezirkshauptmannschaften zum Prüfungszeitpunkt zu niedrige Verzinsungen auf. Positiv anzumerken war, dass die Konditionen umgehend verbessert wurden. In Bezug auf die Kassenladen bedauerte der LRH, dass es trotz mehrmaliger Hinweise in vergangenen RA-Berichten noch keine einheitlichen Abschlüsse gab. Dies wurde aber von der betreffenden BH inzwischen zugesagt.

HAUSHALTSRECHNUNG

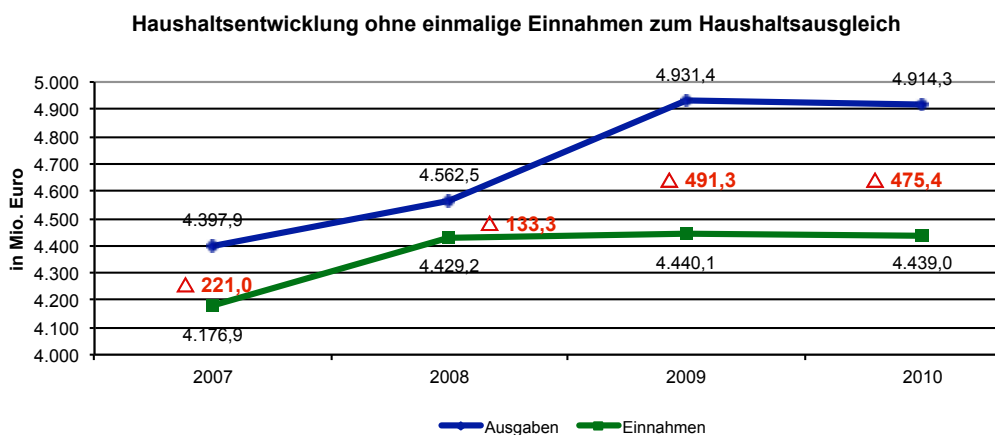
Haushaltsergebnis

3.1. Der RA des Landes OÖ zeigte in den letzten Jahren stets ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis. Auch im Verwaltungsjahr 2010 ergaben die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben von jeweils 4.914,3 Mio. Euro im Soll der Haushaltsrechnung ein ausgeglichenes Gebarungsbild. Die kassenwirksamen Zahlungen im Haushalt (Ist) waren jeweils um 22,7 Mio. Euro höher als die Soll-Werte, weil offene Rückstände aus Vorjahren durch Kreditaufnahmen vermindert wurden.

Zum ausgeglichenen Soll-Ergebnis trugen vor allem einmalige Einnahmen von 475,4 Mio. Euro bei. Dieser Betrag stammt aus den entnommenen Finanzmitteln der Haushalts-RL (224,3 Mio. Euro), den eingesparten Mitteln bei der RL zur Übertragung von Ausgabekrediten (4,2 Mio. Euro), den Fremdmittelaufnahmen für Gemeindeförderungen (56,8 Mio. Euro, die ab 2013 wieder aus Gemeinde-Bedarfszuweisungen zurückzahlen sind) und den Erlösen aus dem Verkauf der WBF-Darlehen (190 Mio. Euro).

3.2. Der LRH stellte den Finanzbedarf zum Ausgleich der Haushaltsrechnung 2010 mit 475,4 Mio. Euro fest. Dabei handelt es sich um jenen einmaligen Betrag aus vermögens- und schuldenrelevanten Einnahmen, der zur Finanzierung des Haushaltes bzw. zur Bedeckung der Haushaltsausgaben benötigt wurde. Der Mittelbedarf zum Haushaltsausgleich war 2010 nur um 15,9 Mio. Euro niedriger als im RA des Vorjahres. Er war im VA 2010 größtenteils eingeplant; allerdings wurden zum Haushaltsausgleich um 14,1 Mio. Euro mehr Mittel aus der Haushalts-RL benötigt als ursprünglich vorgesehen waren.

In Relation zu den Gesamtausgaben bedeutet der Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich, dass das Land in den letzten zwei Jahren beinahe jeden zehnten Euro aus Vermögensverkäufen oder Fremdmitteln finanzieren musste. Wie nachstehende Grafik zeigt, stieg dieser jährliche Mittelbedarf bereits im Vorjahr erheblich und war 2010 leicht rückläufig.



Die Tatsache, dass der einmalige Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich 2010 so wie 2009 wieder deutlich über dem Niveau früherer Jahre liegt, ist nicht nur auf die krisenbedingten rückläufigen Einnahmen zurückzuführen. Ganz wesentlich trugen dazu die zusätzlichen Ausgaben für die Fortführung des Gratiskindergartens (ca. 58 Mio. Euro), die Bereinigung der Budgetsituation im öffentlichen Nahverkehr (60 Mio. Euro) und die fremdfinanzierte Verstärkung von Gemeindeförderungen (56,8 Mio. Euro) bei.

Für den LRH ist wieder eine deutliche Reduzierung des jährlichen Finanzbedarfes zum Haushaltsausgleich notwendig. Die eingeleiteten Strukturreformen müssen daher primär auf eine nachhaltige Entlastung und Konsolidierung des Landeshaushaltes abzielen.

Maastricht-Ergebnis

- 4.1.** Im Rechnungsquerschnitt (RA-Beilage 14) ist der Stabilitätsbeitrag des Landes OÖ (Finanzierungssaldo) für das Maastricht-Ergebnis des Gesamtstaates mit minus 419 Mio. Euro ausgewiesen. Auf diesen Saldo der Gebietskörperschaft Land können bestimmte Ausgaben für Hochwasserschäden (ca. 0,4 Mio. Euro) ergebnisverbessernd angerechnet werden, sodass sich der negative Saldo auf 418,6 Mio. Euro verringert. Aufgrund einer erfolgten Klarstellung in Bezug auf die Krankenanstaltenfinanzierung durch Eurostat ist diesem Betrag vor allem die Netto-Neuverschuldung der gespag für den öö. Stabilitätsbeitrag und das Defizit nach ESGV für Oberösterreich hinzuzurechnen, die derzeit im Rechnungsquerschnitt nicht darzustellen ist. Durch die Schuldaufnahmen der gespag wird sich das maastricht-relevante Defizit des Landes OÖ 2010 um 51 Mio. Euro auf 469,6 Mio. Euro erhöhen. Der genaue Stabilitätsbeitrag und das Defizit nach ESGV 95 für das Land Oberösterreich inklusive der Fonds und der ausgegliederten Einheiten werden von der Statistik Austria nach bestimmten Kriterien festgestellt und lagen zum Zeitpunkt der Prüfung noch nicht vor.

Nach dem Stabilitätspakt 2008 hätte das Land 2010 einen positiven Beitrag von 229 Mio. Euro leisten sollen. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde von Bund, Ländern und Gemeinden der Stabilitätspakt nicht eingehalten. Dennoch hätte das Land OÖ nach der Zielvorstellung des Bundes einen negativen Stabilitätsbeitrag von 176 Mio. Euro grundsätzlich nicht überschreiten sollen. 2011 wurde ein neuer Stabilitätspakt ausverhandelt. Der Entwurf dieser neuen Vereinbarung erlaubt dem Land OÖ in der Periode 2011 bis 2014 voraussichtlich jährlich Defizite von bis zu 340 Mio. Euro (inklusive Krankenanstalten).

- 4.2.** Nach Meinung des LRH war es dem Land aufgrund der Einnahmehausfälle und der Ausgabenentwicklung nicht möglich, in den letzten zwei Jahren einen positiven Stabilitätsbeitrag zu erbringen. Das Defizit 2010 hat sich gegenüber 2009 deutlich erhöht, obwohl die defizitwirksamen Investitionsausgaben verringert wurden. 2009 lag es lt. Statistik Austria bei 339,9 Mio. Euro. Damit hatte Oberösterreich im Bundesländervergleich (ohne Wien) unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl das vierthöchste Defizit und kam somit im Mittelfeld zu liegen. Aus der Sicht des LRH ist das Land OÖ im Zusammenwirken mit den anderen Gebietskörperschaften gefordert, die künftige Budgetpolitik wieder verstärkt stabilitätsorientiert auszurichten. Das derzeit hohe Defizit sollte verringert und der neue Stabilitätspakt primär durch Ausgabeneinsparungen in der laufenden Gebarung, bei Investitionen und Investitionsförderungen eingehalten werden.

Da der Rechnungsquerschnitt aufgrund der zahlreichen Ausgliederungen nur ein eingeschränktes Bild über die finanzielle Lage des Landes zulässt, ist in Hinkunft österreichweit eine Überleitungstabelle geplant, die das Voranschlags- bzw. Rechnungsabschlussergebnis gemeinsam mit den ESVG-relevanten außerbudgetären Einheiten darstellt. Dies lässt aus der Sicht des LRH jedenfalls einen verbesserten Überblick und ein aussagekräftigeres Haushaltsergebnis im Sinne des ESVG 95 erwarten.

Vollständigkeit der Haushaltsrechnung

- 5.1.** Um festzustellen, ob die Haushaltsrechnung ordnungsgemäß und vollständig aus der Buchhaltung abgeleitet wurde, nahm der LRH unter anderem verschiedene Summen- und Saldenabfragen im SAP-Buchhaltungssystem vor. Die Abfrage nach Haushaltsgruppen stimmte mit den Zahlen im Zusammensatz der Einnahmen und Ausgaben im Band I des RA 2010 überein. Eine weitere systematische Abfrage nach finanzwirtschaftlichen Kriterien (Gebaungsgruppen) zeigte ebenso ein vollständiges Bild der Haushaltsrechnung mit allen voranschlags- bzw. erfolgswirksam verrechneten Einnahmen und Ausgaben. Aus dieser Abfrage sind die in der Anlage 1 des Berichtes dargestellten Pflicht- und Ermessensausgaben des Landes abgeleitet und für den Zeitraum 2008 bis 2010 zusammengefasst. Weiters sind in der Anlage die Ausgaben 2010 nach der zum Jahresende vorherrschenden Referatsverteilung aufgeschlüsselt.
- 5.2.** Aufgrund der Abfrageergebnisse bestätigte der LRH, dass die Haushaltsrechnung korrekt aus der Buchhaltung abgeleitet wurde. Alle voranschlagswirksam verrechneten Einnahmen und Ausgaben scheinen in der Haushaltsrechnung 2010 auf. Die Prüfung der voranschlagswirksamen und –unwirksamen Einnahmen und Ausgaben sowie der wesentlichen Nachweise zum RA ergaben keine Hinweise auf Unkorrektheiten. Der Kassenabschluss, die Haushaltsrechnung entsprechend der Gliederung des Voranschlages und die maßgeblichen Nachweise im RA 2010 vermitteln aus der Sicht des LRH ein korrektes Bild über die finanzielle Lage der Gebietskörperschaft Land zum 31.12.2010.

Finanzpolitische Ziele und Zielerreichung

- 6.1.** Der Ausschuss für Finanzen des Oö. Landtags legte im VA 2010 folgende finanzpolitische Vorgaben fest:
- Keine Politik zu Lasten nächster Generationen
 - Erhaltung der Finanzschuldenfreiheit über den Konjunkturzyklus, außer arbeitsmarkt- oder wirtschaftspolitische Situationen erfordern ein Abgehen davon bzw. veranlagte Landesmittel bringen höhere Erträge als Finanzschulden Zinsaufwendungen verursachen
 - Erhalten des Triple A-Ratings
 - Erreichen eines Maastricht-Überschusses
 - Aufrechterhalten einer möglichst hohen Investitionsrate

6.2. Der LRH stellte fest, dass das Land die finanzpolitischen Vorgaben 2010 nur teilweise einhielt, da Oberösterreich 2010 keinen Maastricht-Überschuss darstellen konnte. Zum verfehlten Maastricht-Ziel merkte der LRH an, dass selbst in der derzeit schwierigen Lage wieder eine stabilitätsorientiertere Haushaltsführung nicht nur aus wirtschafts- und währungspolitischen Überlegungen angestrebt und umgesetzt werden muss. Auch im Interesse der intergenerativen Gerechtigkeit ist dies unabdingbar. Eine bloße Fortschreibung der derzeitigen Einnahmen- und Ausgabenstruktur ohne nachhaltige Ausgabeneinsparungen und zusätzliche Einnahmen würde in wenigen Jahren zu einer massiven Neuverschuldung des Landes führen. Nach Ansicht des LRH wäre das mit der obersten finanzpolitischen Maxime „Keine Politik zu Lasten nächster Generationen“ und der Vorgabe „Erhalt der Schuldenfreiheit über den Konjunkturzyklus“ nicht mehr in Einklang zu bringen.

Hinsichtlich der Erhaltung der Finanzschuldenfreiheit über den Konjunkturzyklus meint der LRH, dass die bisherigen Aufnahmen von Finanzschulden mit der Vorgabe im Einklang standen. Allerdings weist er darauf hin, dass diese Vorgabe diverse Sonderfinanzierungen und Schuldaufnahmen in ausgegliederten Gesellschaften nicht umfasst. Dieser Spielraum wurde in den letzten Jahren verstärkt genutzt, z. B. bei Sonderfinanzierungen von Investitionen bei Ordenskrankenhäusern und im Straßenbau sowie bei Fremdmittelaufnahmen in den vom Land zu finanzierenden aber ausgegliederten Gesellschaften wie LIG, MTG, TIG und gspag. Diese in wirtschaftlicher Hinsicht den Finanzschulden ähnlichen finanziellen Verpflichtungen belasten zunehmend den Haushalt durch Ausgaben, die entweder direkt oder indirekt mit Zinsen- oder Rückzahlungen zusammen hängen. Auch wenn derartige Verpflichtungen mitunter keine Finanzschulden sondern einen wesentlichen Teil der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden darstellen, hält es der LRH für wichtig, dass Sonderfinanzierungen und Schuldaufnahmen in den ausgegliederten Gesellschaften in einem maßvollen Rahmen bleiben. Vielmehr wird die Investitionstätigkeit im Landeshaushalt und in den vom Land zu finanzierenden Gesellschaften wieder mehr nach den verfügbaren Einnahmen aus der laufenden Gebarung auszurichten sein.

Vollzug des Voranschlages

Voranschlag und Nachtragsvoranschlag

7.1. Der Oö. Landtag genehmigte am 15.12.2009 den VA 2010 und stellte am 14.12.2010 zusätzliche Budgetmittel im NVA bereit. Im Vergleich zum Vorjahr veränderten sich die Budgetsummen und –salden wie folgt (Beträge in Mio. Euro):

	2009	2010	Veränderung
Ausgaben – VA	4.390,68	4.430,22	39,54
Ausgaben – 1. NVA	118,41	203,99	85,58
Ausgaben – 2. NVA	44,05	---	-44,05
Gesamtausgaben	4.553,14	4.634,21	81,07
Einnahmen – VA	4.390,72	4.431,03	40,31
Einnahmen – 1. NVA	118,41	203,99	85,58
Einnahmen – 2. NVA	44,05	---	-44,05
Gesamteinnahmen	4.553,18	4.635,02	81,84
Überschuss	0,04	0,81	0,77

Im NVA wurden zusätzliche Mittel insbesondere für die fremdfinanzierte Erhöhung der Gemeinde-Bedarfszuweisungen (69 Mio. Euro), Nahverkehr (60 Mio. Euro), Maßnahmen aus der Umschichtung der 10%-igen Kreditsperre (34,3 Mio. Euro), Oö. Chancengleichheitsgesetz-Wohnen (9,2 Mio. Euro) sowie Personal und Pensionen (10 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Die restlichen Ausgaben betrafen vor allem Kinderbetreuung, Oö. Pflegegeld, Soziale Dienste, Hochwasserschutz, Ordensspitäler, Gebäude-Investitionen, Abrechnung von Ertragsanteilen und Oö. Landesmusikschulwerk. Die Bedeckung dieser Mehrausgaben erfolgte durch Darlehensaufnahmen für Gemeindeförderungen und zusätzliche Einnahmen aus Ertragsanteilen, der 10%-igen Kreditsperre und den Verkauf von WBF-Darlehen an die Laho.

- 7.2.** Der LRH stellte fest, dass das Land 2010 um 41,5 Mio. Euro mehr Nachtragsmittel benötigte als im Vorjahr. Dies ist hauptsächlich auf die Bereinigung der Budgetsituation im Verkehrsressort (60 Mio. Euro) und auf die fremdfinanzierte Verstärkung der Gemeindeförderungen mittels BZ (69 Mio. Euro lt. NVA) zurückzuführen. In diesen Bereichen stellte der LRH einen entsprechenden Mittelbedarf fest.

Hinsichtlich der Aufstockung des Budgets im Verkehrsressort merkte der LRH an, dass die Bereitstellung zusätzlicher Mittel vordringlich war. Aus diesem Grund wurde als Zwischenlösung über Beschluss der Oö. Landesregierung vom 16. August 2010 ein Betrag von 25 Mio. Euro aus der Haushaltsrücklage flüssig gemacht. Mit der Bereitstellung des gesamten Mittelbedarfes für den öffentlichen Nahverkehr durch den Oö. Landtag im NVA 2010 wurde dieser Beschluss automatisch aufgehoben. Für den LRH ist diese Vorgangsweise ein Indiz dafür, dass schon zu einem früheren Zeitpunkt dem Oö. Landtag ein entsprechender Nachtragsvoranschlag vorzulegen gewesen wäre.

Nach Meinung des LRH sollte das Land mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel in einem NVA in Hinkunft grundsätzlich zurückhaltend sein, was eine realistische Budgetierung und insbesondere einen stringenten und sparsamen Budgetvollzug voraussetzt. Im Interesse der nötigen Budgetkonsolidierung sollte daher das Land in Zukunft etwaige Mehreinnahmen gegenüber dem VA, insbesondere aus den Ertragsanteilen, bei entsprechend konjunkturell günstiger Entwicklung einsparen und nicht wieder zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben verwenden. Zusätzliche Ausgaben in künftigen Nachtragsvoranschlägen sollten spürbar vermindert werden. Aus der Sicht des LRH würde dies den ohnehin hohen Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich reduzieren und einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung eines finanziellen Spielraumes im Landeshaushalt leisten.

Abweichungsanalyse

- 8.1.** Der Vergleich des VA inkl. NVA mit dem RA (ohne Ü-Mittel¹) zeigte in Summe folgende Abweichungen (Beträge in Mio. Euro):

	VA inkl. NVA	RA 2010 ohne Ü-Mittel	Abweichung
Gesamtausgaben	4.634,21	4.643,79	+9,58
Gesamteinnahmen	4.635,02	4.647,99	+12,97
Ergebnis	0,81	4,20	+3,39

¹ Die Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten wurde bei der Abweichungsanalyse grundsätzlich außer Acht gelassen, da diese weder im VA noch in einem NVA budgetiert wurde. Die Bereinigung der Jahresrechnung 2010 um die übertragbaren Mittel (RL-Zuführung: 270,6 Mio. Euro, RL-Behebung: 266,3 Mio. Euro) soll zu einem klaren Bild über die Abweichungen beitragen.

- 8.2.** Die Abweichungen gegenüber dem VA inkl. NVA verteilen sich auf eine Vielzahl von Voranschlagsstellen. In der Anlage 2 des Berichtes werden die Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen über 1 Mio. Euro auf Unterabschnittsebene dargestellt und die jeweiligen Abweichungen kurz begründet. Die Mehrausgaben gegenüber dem VA inkl. NVA wurden durch übertragene Mittel aus Vorjahren, Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen in anderen Bereichen finanziell bedeckt. Im Übrigen merkte der LRH an, dass die Abweichungen im Bericht der Landesbuchhaltung über die Haushalts- und Finanzlage sowie in den Erläuterungen näher ausgeführt sind.

Einnahmen- und Ausgabenrückstände

- 9.1.** Die schließlichen Zahlungsrückstände betragen per 31.12.2010 einnahmenseitig 386,6 Mio. Euro und ausgabenseitig 229,8 Mio. Euro. Die nachfolgende Tabelle zeigt überblicksmäßig die Entwicklung der schließlichen Zahlungsrückstände im Vergleich zum Vorjahr.

Schließliche Zahlungsrückstände	Vorjahr 31.12.2009	31.12.2010	+/- Veränderung	
	in Mio. Euro		+/- Prozent	
Einnahmerückstände	409,3	386,6	-22,7	-5,6 %
davon zum SOLL gestellte Darlehensaufnahmen zur Abgangsdeckung	360,8	344,2	-16,6	-4,6 %
Restlicher Haushalt	48,5	42,4	-6,1	-12,6 %
Ausgabenrückstände	252,6	229,8	-22,8	-9,0 %
davon übertragene Mittel auf das Folgejahr, IST-mäßig unbedeckte RL	154,8	151,1	-3,7	-2,4 %
Restlicher Haushalt	97,8	78,7	-19,1	-19,5 %

Die Einnahmen- und Ausgabenrückstände waren 2010 rückläufig. So gingen die Einnahmerückstände um 22,7 Mio. Euro zurück, nachdem offene Kreditaufnahmen um 16,6 Mio. Euro vermindert und sonstige Rückstände abgebaut wurden. Die Ausgabenrückstände verringerten sich um 22,8 Mio. Euro, insbesondere weil in der Haushaltsguppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und bei den Investitionsdarlehen und Zuschüssen an die LIG Rückgänge zu verzeichnen waren. Per April 2011 waren sämtliche Ausgabenrückstände bezahlt.

- 9.2.** Nach der Analyse des LRH zeigten sich bei den Einnahmerückständen (ohne Soll-Darlehensaufnahmen zur Abgangsdeckung) folgende Entwicklungen:

- In der Hgr. 0 reduzierten sich die Rückstände um 8,1 Mio. Euro. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Land eine Steuergutschrift aus der Mietenaufrollung der LIG von 6,9 Mio. Euro erhielt.
- In der Hgr. 2 erhöhten sich bis zum Jahresende 2010 die Rückstände um 7,9 Mio. Euro auf 26,4 Mio. Euro. Die Erhöhung begründet sich vor allem durch offene Forderungen des Landes gegenüber dem Bund, die sich um 9,1 Mio. Euro erhöhten. Es handelt sich dabei um Forderungen aus der Refundierung des Personalaufwandes von Lehrerinnen und Lehrern an allgemeinbildenden Pflichtschulen und an landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Bei den allgemeinbildenden Pflichtschulen ergab sich zum Jahresende 2010 ein offener Rückstand von 14,7 Mio. Euro. Dieser hängt mit der Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler zusammen, die das Land OÖ laut Angabe des Bewirtschafters weitgehend umgesetzt hat. Das Land bekommt jedoch vom Bund den Personalaufwand für die dafür notwendigen Lehrkräfte nicht gänzlich ersetzt, was dazu führt, dass sich die diesbezügliche Forderung gegenüber dem Bund jährlich erhöht. Das Land will die offenen Forderungen gegenüber dem Bund durchsetzen.

- In der Hgr. 5 verminderten sich die Rückstände bis zum Jahresende 2010 um 1,6 Mio. Euro auf 4,5 Mio. Euro. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen kontinuierlichen Rückgang der offenen Fleischuntersuchungsgebühren zurückzuführen. Diese reduzierten sich 2010 um 1,8 Mio. Euro auf 3,8 Mio. Euro und bis zum Prüfungszeitpunkt 2011 um weitere 0,9 Mio. Euro. Laut Angabe des Bewirtschafters verbesserte sich die Situation bei den offenen Fleischuntersuchungsgebühren. Er muss aber weiterhin Maßnahmen zur Einbringung und zeitgerechten Bezahlung der Gebühren setzen.
- In der Hgr. 6 gingen die Rückstände um 4,1 Mio. Euro bis zum Jahresende 2010 auf 3,4 Mio. Euro zurück. Vor allem die Forderungen gegenüber Gemeinden im Bereich des OÖ Verkehrsverbundes gingen 2010 um 2,8 Mio. Euro zurück, sodass am Jahresende noch 1,9 Mio. Euro ausständig waren. Bis zum Prüfungszeitpunkt reduzierten sich diese um weitere 0,7 Mio. Euro. Eine weitere Forderung von 1,2 Mio. Euro war aufgrund der Straßenbahnverlängerung Harter Plateau offen. Diese wurde bereits zu Beginn 2011 beglichen.

10.1. Von den älteren Rückständen entfielen die betraglich größten Posten auf die UA 2/024 (3,9 Mio. Euro Kostenersatz für ehem. Bundesstraßen aus 1994 bis 2002) und UA 2/221 (0,6 Mio. Euro Kostenersatz vom Bund für Lehrergehälter der landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen). Die übrigen offenen Beträge verteilten sich auf zahlreiche Finanzpositionen und Bewirtschaftler.

10.2. Der LRH hält fest, dass es für die Abstattung der offenen Rückstände betreffend ehemalige Bundesstraßen, wie bereits bei der RA-Prüfung 2008 angeführt, eine landesinterne Abstattungsvereinbarung gibt. Für den offenen Rückstand bei den Aktivitätsbezügen für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen wurde vom Land OÖ bereits eine Klage eingereicht. Die restlichen Rückstände werden in Raten beglichen, sind gerichtsanhängig oder abzuschreiben. Einzelne Bewirtschaftler sind gefordert, besser auf ihre Rückstände zu achten. Deshalb erinnert der LRH an seine frühere Empfehlung, die mehrjährig offenen Einnahmenrückstände routinemäßig im Rahmen der Rechnungsabschluss-Erstellung auf ihre Richtigkeit und Einbringlichkeit zu überprüfen. Gemäß HO hat der Bewirtschaftler notwendige Forderungsberichtigungen bzw. –abschreibungen eigeninitiativ in die Wege zu leiten.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

Überblick über Summen und Salden

11.1. Der Rechnungsquerschnitt (Beilage 14 zum RA) bildet die wirtschaftlichen Sachverhalte des Landes nach dem Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) ab. Nachstehende Tabelle (in Mio. Euro) zeigt die Summen und Salden der Rechnungsquerschnitte 2008 bis 2010. Die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenarten dazu sind aus der Anlage 3 ersichtlich.

Bezeichnung	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
Laufende Gebarung					
Einnahmen	4.096,5	4.091,7	4.086,6	-5,1	-0,1 %
Ausgaben	3.597,6	3.837,7	4.015,3	+177,6	+4,6 %
<i>Saldo 1: Ergebnis laufende Gebarung</i>	<i>498,9</i>	<i>254,0</i>	<i>71,3</i>	<i>-182,7</i>	<i>-71,9 %</i>
Vermögensgebarung					
Einnahmen	28,7	27,9	26,4	-1,5	-5,4 %
Ausgaben	449,6	621,7	516,7	-105,0	-16,9 %
<i>Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</i>	<i>-420,9</i>	<i>-593,9</i>	<i>-490,3</i>	<i>+103,5</i>	<i>-17,4 %</i>
<i>Saldo 1 und Saldo 2</i>	<i>78,1</i>	<i>-339,9</i>	<i>-419,0</i>	<i>-79,1</i>	<i>+23,3 %</i>
Finanztransaktionen					
Einnahmen	971,4	811,8	801,3	-10,5	-1,3 %
Ausgaben	1.049,4	472,0	382,3	-89,7	-19,0 %
<i>Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen</i>	<i>-78,1</i>	<i>339,9</i>	<i>419,0</i>	<i>+79,1</i>	<i>+23,3 %</i>
<i>Saldo 4: Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>+0,0</i>	<i>+0,0 %</i>

11.2. Aufgrund der Veränderungen der Summen und Ergebnisse der Querschnittsrechnung weist der LRH auf Folgendes hin:

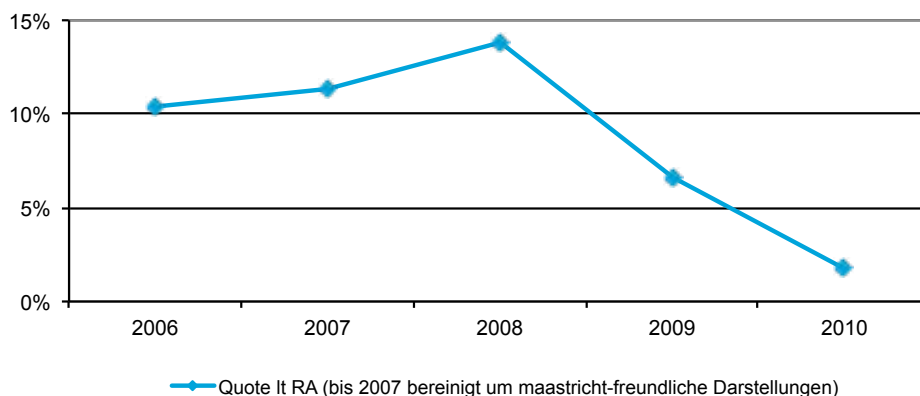
- In der **laufenden Gebarung** zeigt sich sehr deutlich, dass die Einnahmen in den letzten zwei Jahren in Summe leicht zurückgingen und die jährlichen Ausgaben stark anstiegen; dem jährlichen Einnahmerückgang von jeweils 0,1 Prozent standen Ausgabensteigerungen von 6,7 Prozent im Jahr 2009 und 4,6 Prozent im Jahr 2010 gegenüber. Dies hatte zur Folge, dass sich das **Ergebnis der laufenden Gebarung** (Saldo 1) massiv verschlechterte. Während 2008 noch ein Überschuss von fast 500 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, sank dieser 2009 auf 254 Mio. Euro und 2010 auf 71,3 Mio. Euro ab. Die Tatsache, dass die laufenden Ausgaben ohne Investitionen noch stärker anstiegen als die laufenden Einnahmen zurückgingen, zeigt der Summen- und Saldenvergleich der Rechnungsquerschnitte in obiger Tabelle. Dieses zunehmende Problem in der laufenden Gebarung wird auch im Vergleich der RA-Zahlen 2010 mit den Planzahlen 2010 der letzten transparenten Mittelfristplanung für den VA 2009 sehr deutlich (Tabelle in Mio. Euro):

Summen und Saldo der laufenden Gebarung	RA 2010	Werte aus MFP für 2010 im VA 2009	Abweichung
Einnahmen	4.086,6	4.375,2	- 288,6
Ausgaben	4.015,3	3.815,5	+199,8
Saldo	71,3	559,7	-488,4

Im Vergleich zur damaligen Planung blieben die laufenden Einnahmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise um 288,6 Mio. Euro hinter den Planwerten zurück. Die laufenden Ausgaben liegen aber um 200 Mio. Euro über den damaligen Planwerten. Bei diesen Mehrausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben z. B. für Gratiskindergarten, Nahverkehr und Abgangsdeckungen der Gemeinden in der Planung nicht absehbar waren.

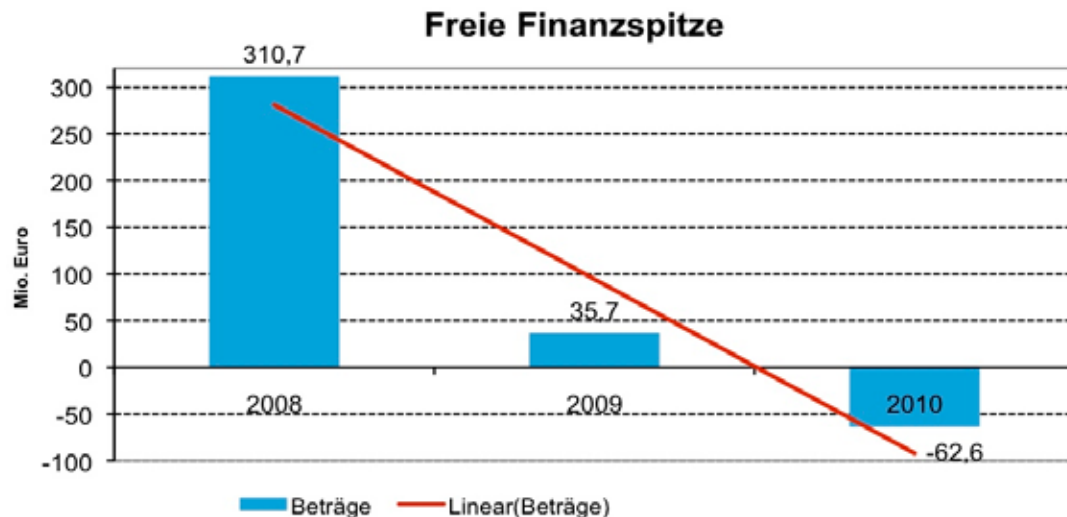
Der Überschuss aus der laufenden Gebarung, auch als öffentliches Sparen bezeichnet, verminderte sich bereits vor Jahren von über 20 Prozent auf knapp 10 Prozent der laufenden Ausgaben. Wie nachstehende Grafik zeigt, verbesserte sich dieser Wert 2008 auf 13,9 Prozent. Im Jahr 2009 halbierte sich dieser auf 6,6 Prozent. 2010 ergab der laufende Überschuss von 71,3 Mio. Euro nur eine Sparquote von 1,8 Prozent.

**Quote öffentliches Sparen
2006 bis 2010**



Vom laufenden Ergebnis ist die freie Finanzspitze ableitbar, das ist jener Betrag, den das Land aus laufenden Einnahmen für Investitionen, Investitionsförderungen, Darlehensgewährungen oder andere vermögens- bzw. schuldenrelevante Maßnahmen erwirtschaftet. Vom laufenden Überschuss 2010 (71,3 Mio. Euro) stammten etwa 69,8 Mio. Euro aus Bedarfszuweisungen, die für Investitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Vermögensgebarung weiterzuleiten waren und keine frei verfügbaren Landesmittel darstellten. Weitere 64,1 Mio. Euro mussten für Zuschüsse an die gespag (Trägerselbstbehalt und Zinsen) eingesetzt werden. Unter Berücksichtigung dieser Ausgabenverpflichtungen blieben dem Land OÖ 2010 aus der laufenden Gebarung keine frei verfügbaren Mittel. Vielmehr war die freie Finanzspitze des Landes 2010 mit minus 62,6 Mio. Euro erstmals negativ. Dadurch mussten teilweise schon laufende Zahlungsverpflichtungen wie der Trägerselbstbehalt und alle investiven Maßnahmen aus Einnahmen der Vermögensgebarung finanziert werden. Als Alternative dazu hätte das

Land die Ermessensausgaben in der laufenden Gebarung (256,8 Mio. Euro) rigoros kürzen müssen, was für den LRH kurzfristig unrealistisch ist. Wie drastisch sich der finanzielle Spielraum in der laufenden Gebarung seit 2008 veränderte, zeigt folgendes Bild über die Entwicklung der freien Finanzspitze:



Aus der Sicht des LRH soll die freie Finanzspitze des Landes OÖ mittelfristig jedenfalls wieder einen positiven Wert von über 10 Prozent der laufenden Einnahmen erreichen, was einen Konsolidierungsbeitrag von mehreren hundert Millionen Euro im Pflicht- und Ermessensbereich des Landes erfordert. Es kann nicht erwartet werden, dass dieser Betrag aus konjunkturellen Mehreinnahmen erzielt wird. Vielmehr muss es gelingen, die jährlichen Ausgabensteigerungen weiter einzudämmen, das Einnahmepotenzial vermehrt auszuschöpfen und die laufenden Leistungseinnahmen und Abgaben zu erhöhen, worauf die derzeit laufenden Reformbestrebungen des Landes aus der Sicht des LRH auch abzielen.

- Die **Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen** zeigt die Investitionen des Landes ohne ausgegliederte Gesellschaften. Die diesbezüglichen Ausgaben betreffen den Erwerb von Vermögen (Bruttoinvestitionen) und Kapitaltransfers bzw. Investitionszuschüsse an öffentliche und private Rechtsträger. Im Jahresvergleich 2009/2010 waren die Ausgaben der Vermögensgebarung in Summe um 105 Mio. Euro rückläufig. Sie lagen 2010 aber mit 516,7 Mio. Euro noch über dem Niveau von 2008, was auf ein anhaltend hohes Investitionsniveau hinweist. Aufgrund geringer Einnahmen aus Vermögensverkäufen verursachten die Ausgaben der Vermögensgebarung 2010 ein Minus von 490,3 Mio. Euro (Saldo 2). Die Ergebnisverbesserung gegenüber 2009 resultiert aus der geringeren Investitionstätigkeit des Landes. Wie jedoch die Gegenüberstellung von Saldo 1 und Saldo 2 deutlich zeigt, ist auch dieses Investitionsniveau bei weitem nicht mehr aus der laufenden Gebarung zu finanzieren.
- Das gemeinsame **Ergebnis der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung** (Saldo 1 und 2) zeigt die Eigenfinanzierungskraft des Landes ohne finanzielle Transaktionen. Dieser Saldo entspricht etwa dem Stabilitätsbeitrag des Landes zum Maastricht-Ergebnis, dem in Zukunft auch die Neuverschuldung der gespag

hinzuzurechnen sein wird. Während 2008 noch ein positives Ergebnis darstellbar war, wurde 2009 im Landeshaushalt ein negativer Finanzierungssaldo von 339,9 Mio. Euro und 2010 von 419 Mio. Euro erwirtschaftet. Bei einem ausgeglichenen Haushalt muss dieser Saldo durch Finanztransaktionen beglichen werden, was sich im Saldo 3 des RQ zeigt.

- Die **Finanztransaktionen** betreffen Beteiligungen, Rücklagen und Darlehen. Die größten Einnahmen in diesem Bereich waren 2008 der Verkauf von Anteilen der Energie AG, 2009 Rücklagenentnahmen und Kreditaufnahmen, 2010 Forderungsbzw. WBF-Darlehensverkäufe, Rücklagenentnahmen und Schuldaufnahmen.
- Das ausgeglichene **Jahresergebnis** (Saldo 4) wurde in den letzten Jahren immer durch Einnahmen aus Finanztransaktionen herbeigeführt. Im Jahr 2008 mussten dafür 133,3 Mio. Euro aus dem Verkauf von Anteilen der Energie AG verwendet werden. Im Jahr 2009 erfolgten zu diesem Zweck RL-Entnahmen und Darlehensaufnahmen von zusammen 491,3 Mio. Euro. Im Jahr 2010 ermöglichten RL-Entnahmen, Erlöse aus dem Verkauf von WBF-Darlehen und Kreditaufnahmen (zusammen 475,4 Mio. Euro) den Haushaltsausgleich.

Einnahmen- und Ausgabenarten im Jahresvergleich 2009/2010

- 12.1.** In der Anlage 3 sind die einzelnen Einnahmen und Ausgaben des Landes in der Systematik des Rechnungsquerschnittes dargestellt. Daraus geht auch die zahlenmäßige Veränderung im Jahresvergleich 2009/2010 hervor. Die wesentlichen Veränderungen in den Vorjahren wurden vom LRH im Rahmen der RA-Prüfung des betreffenden Jahres analysiert.
- 12.2.** Der LRH stellte die maßgeblichen Veränderungen 2009/2010 in der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung wie folgt fest:

Laufende Gebarung

Einnahmen:

- Seit Jahren weist der LRH darauf hin, dass die **eigenen Steuern** (KZ 10) im Bundesvergleich sehr niedrig sind. Mit 16,9 Mio. Euro lagen diese Einnahmen 2010 sogar unter dem Niveau des Vorjahres, weil die Verwaltungsabgaben rückläufig waren. Oberösterreich ist neben Vorarlberg das einzige Bundesland, das noch immer keinen Kultureuro als Zuschlag auf den ORF-Beitrag einhebt. Die neu eingeführte Spielapparateabgabe lässt lt. VA 2011 beim Steueraufkommen Mehreinnahmen von ca. 3 Mio. Euro erwarten. Generell meint der LRH, dass längerfristig die Steuerautonomie der Länder gestärkt werden soll, um die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zusammen zu führen.
- Die **Ertragsanteile** (KZ 11) und **laufenden Transferzahlungen von öffentlichen Rechtsträgern** (KZ 14) betragen 2009 zusammen 3.642,3 Mio. Euro, 2010 3.689,3 Mio. Euro. Trotz eines Zuwachses von 27,9 Mio. Euro (ohne Verrechnungseinnahme von 19 Mio. Euro) blieben diese Haupteinnahmen des Landes 2010 unter dem Niveau von 2008. Während die anteiligen

Bundesabgaben-Ertragsanteile um 33,3 Mio. Euro² rückläufig waren, stiegen die Transfereinnahmen von öffentlichen Rechtsträgern um 61,2 Mio. Euro an. Bei den Mehreinnahmen handelt es sich größtenteils um Kostenbeiträge des Bundes und der Gemeinden z. B. für Krankenanstalten, Pflichtschullehrer, Gratiskindergarten und Chancengleichheitsgesetz. Auch ein Baukostenbeitrag der Stadt Linz zum Musiktheaterbau von 5,2 Mio. Euro ist darin enthalten, welcher im Rahmen der Vermögensgebarung an die MTG weitergeleitet wurde. Ein derartiger Beitrag ist in Hinkunft nicht in der laufenden Gebarung, sondern in der Vermögensgebarung einzunehmen.

Die finanzielle Entwicklung des Landes hängt stark von den Bundesabgaben-Ertragsanteilen ab. Diese Einnahmen waren vor allem aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 und 2010 um 455 Mio. Euro niedriger als dies vom Bundesministerium für Finanzen im Jahr 2008 noch vor der Krise prognostiziert wurde.

- Die **Leistungseinnahmen** (KZ 12) stiegen um 5,3 Mio. Euro auf 87,3 Mio. Euro an. Diese Mehreinnahmen erwirtschaftete das Land aus zusätzlichen Haftungsentgelten, Gebühren und Entgelten für Verwaltungsleistungen. Aus der Sicht des LRH sollte das Land bei den Kostenersätzen für Leistungen wie z. B. Fachhochschulen und Musikschulen verstärkt ansetzen. Er hielt daher die vom politischen Lenkungsausschuss beschlossene Anpassung des Schulgeldes für Musikschulen für notwendig, wonach der Deckungsgrad in den Musikschulen in zwei Etappen auf 20 Prozent erhöht wird.³ Ebenso hilft die beschlossene Anpassung der Tarife für Mobile Dienste, den gestiegenen Aufwendungen entgegenzuwirken.
- Die **Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit** (KZ 13) von 83,9 Mio. Euro resultierten 2010 größtenteils aus Zinsen und Erträgen der Beteiligungsunternehmen. Diese Erträge waren in Summe um 7,4 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr. Durch den sukzessiven Abbau der veranlagten Gelder gingen die für Pensionen gewidmeten Zinserträge aus Veranlagungen um 9 Mio. Euro zurück. Die Erträge aus Beteiligungen konnten hingegen geringfügig gesteigert werden.
- Die **sonstigen laufenden Transfereinnahmen** (KZ 15) blieben mit 162,3 Mio. Euro etwa auf Vorjahresniveau. Mehr als zwei Drittel dieser Einnahmen betrafen Pensionsbeiträge von Gemeindebediensteten und Lehrpersonal.
- Die **Einnahmen aus Veräußerung und sonstigen Einnahmen** (KZ 16) betragen 96 Mio. Euro 2009 und 47 Mio. Euro 2010. Aufgrund einer Mietenaufrollung der LIG⁴ von 41,6 Mio. Euro für den Zeitraum 2004 bis 2008 waren diese Einnahmen im Vorjahr außergewöhnlich hoch. Der Wegfall dieses Einmaleffekts und niedrigere Rückersätze von diversen Ausgaben erklären den markanten Einnahmerückgang in diesem Bereich.

2 Die Anlage 3 zeigt bei KZ 11 Ertragsanteile im Jahresvergleich 2009/2010 Mindereinnahmen von 14,3 Mio. Euro. Dazu kommen noch 19 Mio. Euro aus der Abrechnung des Vorjahres, die entsprechend dem Bruttoprinzip als Ausgabe für Rückersätze von Einnahmen unter KZ 24 Verwaltungs- und Betriebsaufwand verrechnet wurden.

3 Siehe Anlage 4

4 Von der Rückvergütung der LIG-Mieten konnte der Landeshaushalt 2009 per Saldo aber nur im Ausmaß der erwarteten Steuerrückverrechnung (6,9 Mio. Euro) profitieren, da die übrigen 34,7 Mio. Euro als Zuschuss an die Gesellschaft gezahlt werden mussten.

Ausgaben:

- Die **Leistungen für das Personal** (KZ 20) beliefen sich 2010 auf 1.149,8 Mio. Euro. Dazu kamen **Pensionszahlungen** (KZ 21) von 473,8 Mio. Euro.⁵ Damit stiegen die Personalausgaben im Jahresvergleich 2009/2010 um 12,6 Mio. Euro bzw. 1,1 Prozent und die Pensionsleistungen um 18,7 Mio. Euro bzw. 4,1 Prozent. Die Ursachen für diese Entwicklungen sind den Berichtsausführungen unter den Punkten 13 bis 16 zu entnehmen.
- Für **Bezüge der Organe** (KZ 22) fielen 2010 rd. 14,8 Mio. Euro an, das waren um 0,7 Mio. Euro weniger als im Vorjahr.
- Die **Ge- und Verbrauchsgüter** (KZ 23) sowie der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (KZ 24) verursachten 2009 Ausgaben von zusammen 550,7 Mio. Euro und 2010 von 595,4 Mio. Euro. Die Mehrausgaben von 44,7 Mio. Euro bedeuten zwar eine Steigerungsrate von über 8 Prozent, diese ist aber nur von bedingter Aussagekraft. So ist in den zusätzlichen Aufwendungen der Ge- und Verbrauchsgüter ein Betrag von 19 Mio. Euro enthalten, der die Abrechnung der Ertragsanteile aus dem Vorjahr betrifft. Weitere 4,5 Mio. Euro resultieren aus der buchmäßigen Darstellung einer Darlehensabschreibung, der gleich hohe Einnahmen in den Finanztransaktionen gegenüberstehen. Ohne diese beiden Verrechnungsdarstellungen halbiert sich die Ausgabensteigerung in diesem Bereich und reduziert sich auf einen noch vertretbaren Rahmen. Die tatsächlichen Mehrausgaben von 21,2 Mio. Euro zeigten sich größtenteils im Sozialbereich⁶ insbesondere für Maßnahmen im Bereich des Chancengleichheitsgesetzes.
- An **Zinszahlungen** (KZ 25) wurden 5,6 Mio. Euro 2009 und 2,1 Mio. Euro 2010 dargestellt. Sie betrafen größtenteils Finanzschulden und Vorfinanzierungen im Straßenbau. Weitere Zinsen aus Sonderfinanzierungen wie z. B. Ordenskrankenhäuser sind in anderen Ausgabearten (Transferzahlungen) enthalten. Eine wesentlich höhere Zinsenlast trifft das Land unter anderen Ausgabearten.
- Die **laufenden Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechtes** (KZ 26) erhöhten sich 2010 um 51,5 Mio. Euro auf 324,5 Mio. Euro. Zum Anstieg von 18,9 Prozent trugen hauptsächlich die gestiegenen Zuschüsse an Gemeinden bei. So mussten vor allem für die Abgangsdeckung der Gemeinden um 35,8 Mio. Euro mehr Mittel eingesetzt werden, die aus Bedarfszuweisungen oder Fremdmittelaufnahmen stammten. Weitere 17,5 Mio. Euro fielen für zusätzliche Personalkostenbeiträge an Gemeinden im Kindergarten- und Hortebereich an, was primär mit dem 2009 neu eingeführten Gratiskindergarten zusammen hängt.
- Die **laufenden Transferzahlungen an private Rechtsträger** (KZ 27) sind die höchsten Ausgaben in der laufenden Gebarung. Sie beliefen sich 2009 auf 1.400,6 Mio. Euro und 2010 auf 1.455 Mio. Euro und betrafen größtenteils Förderungen im Pflicht- und Ermessensbereich. Trotz erheblicher Einsparungen bei diversen Zinsen- und Investitionszuschüssen ergaben sich in Summe Mehrausgaben von

5 Unter der KZ 21 sind die Pensionszahlungen im RQ mit 473,8 Mio. Euro ausgewiesen. Im Nachweis zum RA über die Pensionszahlungen (Anlage 2b) sind sie mit 477,3 Mio. Euro dargestellt, weil sie auch diverse Beihilfen wie z. B. Pflegegeld und Geburtenbeihilfe beinhalten.

6 Die gesamte Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Sozialbereich ist in der Anlage 5 dargestellt.

54,4 Mio. Euro. Die größten Mehrausgaben von jeweils über 10 Mio. Euro zeigten sich bei der gesetzlichen Abgangsdeckung für Krankenhäuser (+35,6 Mio. Euro), bei der zusätzlichen Abgangsdeckung für Ordenskrankenhäuser auf vertraglicher Basis (21,6 Mio. Euro)⁷, beim Mittelbedarf für den Oö. Verkehrsverbund (+13,1 Mio. Euro) und bei den Personalkostenbeiträgen für private Kindergärten (+10,8 Mio. Euro).

- Die laufenden Transferzahlungen beinhalten auch Folgekosten von Sonderfinanzierungen wie z. B. die Annuitätenzahlungen für Ordenskrankenhäuser. Diese betragen 26,9 Mio. Euro im Jahr 2009 und 21,5 Mio. Euro im Jahr 2010.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- Die **Haupteinnahmen** der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen sind die **Kapitaltransferzahlungen von öffentlichen Rechtsträgern** (KZ 34). Diese gingen im Jahresvergleich 2009/2010 von 26,7 Mio. Euro auf 25,3 Mio. Euro zurück. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem Beitrag der Stadt Leonding für den Ausbau der Straßenbahn (1,2 Mio. Euro), der bereits 2009 verbucht wurde.
- Die **Ausgaben** der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen spiegeln die rückläufige Investitionstätigkeit des Landes wider.

Für den **Erwerb von Vermögen** (KZ 40 bis 42) fielen 2010 in Summe 88,2 Mio. Euro an, das waren um 6,6 Mio. Euro weniger als 2009. Dieser Ausgabenrückgang zeigt sich hauptsächlich beim Straßenbau (-2,4 Mio. Euro) und bei Investitionen für Berufsschulen (-1,8 Mio. Euro).

Die **Kapitaltransfers an öffentliche und private Rechtsträger** (KZ 44, 45) gingen 2009/2010 um 98,4 Mio. Euro auf 428,5 Mio. Euro zurück. Allein die Beiträge des Landes (inkl. Bedarfzuweisungen) für Investitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände verringerten sich um 39,8 Mio. Euro. Bei den Investitionszuschüssen an Private wurden 2010 um 58,6 Mio. Euro weniger ausgegeben als im Vorjahr. Die Ausgabeneinsparungen im investiven Bereich verteilten sich auf alle Haushaltsgruppen und betrafen auch Zuschüsse an indirekte Teilnehmungsunternehmen. Im Interesse der Haushaltskonsolidierung und der konjunkturellen Entwicklung war es aus der Sicht des LRH richtig und notwendig, die hohen Investitionsförderungen zurück zu nehmen. Problematisch sieht der LRH aber den geringeren Mitteleinsatz für Teilnehmungsunternehmen, sobald dieser zu Fremdmittelaufnahmen in den Unternehmen führt. Ebenso kritisch sieht er das bloße Erstrecken von Förderzusagen über einen längeren Zeitraum bei gleichzeitiger Übernahme der Zinskosten, was er vereinzelt feststellte (siehe Pkt. 33.2.).

Finanztransaktionen

- Im **Beteiligungsbereich** (KZ 50 und 60) gab es 2009 und 2010 keine nennenswerten Verkaufserlöse. An Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen (KZ 60) fielen 55,5 Mio. Euro 2009 und 2,5 Mio. Euro 2010 an. Diesbezüglich wird auf die Berichtsausführungen zum Beteiligungsnachweis (siehe Pkt. 25) verwiesen.

⁷ Über die gesetzliche Betriebsabgangsdeckung hinaus wurde mit den Ordenskrankenhäusern eine zusätzliche Abgeltung ihrer Betriebsabgänge vereinbart. Dafür scheinen in der Haushaltsrechnung 2009 keine erfolgswirksamen Ausgaben auf, weil diese Aufwendungen von über 19 Mio. Euro bereits 2008 in die Haushaltsrechnung aufgenommen wurden. Im Übrigen ist die gesamte Haushaltsbelastung im Gesundheitsbereich in der Anlage 6 dargestellt.

- Aus den **Rücklagen** profitierte der Haushalt in den letzten zwei Jahren durch erhebliche RL-Entnahmen. Während 2010 diese Mittelentnahmen mit 517,5 Mio. Euro (inkl. Ü-Mittel) bereits deutlich niedriger waren als im Vorjahr, blieben die Zuführungen (KZ 62) mit 300,8 Mio. Euro etwa auf Vorjahresniveau. Der Großteil der Zuführungen betraf die buchmäßige Übertragung von Haushaltskrediten (270,6 Mio. Euro), die Dotierung der Haushalts-RL aus der Rückzahlung einer inneren Anleihe für Gemeindebedarfszuweisungen (8,2 Mio. Euro) sowie die gebundenen RL (22 Mio. Euro). Im Übrigen sind die Veränderungen im Stand der RL unter Pkt. 18 dargestellt.
- Auch die Situation bei den **Darlehen** kam dem Haushalt zugute, weil 2010 die Einnahmen aus Darlehensrückflüssen und neuen Schuldaufnahmen weit höher waren als die Ausgaben für gewährte Landesdarlehen. So gingen die Ausgaben für gewährte Darlehen (KZ 63, 64) um 37 Mio. Euro zurück, insbesondere weil im Bereich der Wohnbauförderung verstärkt von Darlehen auf Annuitätenzuschüsse umgestellt wurde. Die Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen (KZ 54) erhöhten sich insbesondere durch die Einlösung der WBF-Darlehen per Saldo um 184,9 Mio. Euro auf 225,6 Mio. Euro. Auch die Einnahmen von 56,8 Mio. Euro aus der Aufnahme von Finanzschulden (KZ 55) hatten im Jahresvergleich 2009/2010 Mehreinnahmen von 25,8 Mio. Euro zur Folge. Diese erfolgswirksame Schuldaufnahme begünstigte das Haushaltsergebnis und stärkte die Förderung von Gemeinden. Allerdings muss diese Verschuldung aus dem künftigen Aufkommen an Gemeinde-Bedarfszuweisungen zurückbezahlt werden, was den Spielraum in der Zukunft einengt.

NACHWEISE

Personal

Personalausgaben

- 13.1.** Die Leistungen für Personal (RA-Anlage 2a) beliefen sich 2010 auf 1.172,3 Mio. Euro. Diese Summe beinhaltet die Personalausgaben des Landes für die Bereiche Verwaltung, Unterricht und wirtschaftliche Unternehmungen, nicht aber jene für ausgegliederte Unternehmungen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalausgaben um 13,2 Mio. Euro bzw. 1,1 Prozent. In den einzelnen Bereichen veränderten sich die Personalausgaben wie folgt (Beträge in Mio. Euro):

Bereiche	2009	2010	+ / - absolut	+ / - Prozent
Verwaltung	438,1	445,1	+7,0	+1,6%
Unterricht ⁸	699,1	704,7	+5,6	+0,8%
Zwischensumme	1.137,2	1.149,8	+12,6	+1,1%
Wirtschaftl. Unternehmen	22,0	22,5	+0,5	+2,6%
Personalausgaben gesamt	1.159,1	1.172,3	+13,2	+1,1%

8 Die Ausgaben im Bereich Unterricht werden aufgrund des Finanzausgleichs größtenteils vom Bund refundiert.

- 13.2.** Die Ausgabensteigerung im Personalbereich um 13,2 Mio. Euro bzw. 1,1 Prozent hielt der LRH in Anbetracht der allgemeinen Bezugserhöhung von 0,9 Prozent und der besoldungsrechtlichen Struktureffekte für moderat.

Hinsichtlich der Ausgabenentwicklung in den einzelnen Bereichen stellte der LRH Folgendes fest:

- Im **Bereich der Verwaltung** erhöhten sich die Ausgaben insgesamt um 7 Mio. Euro bzw. 1,6 Prozent auf 445,1 Mio. Euro. Diese Mehrausgaben verteilen sich insbesondere auf die Bereiche Amtsbetrieb (+2,4 Mio. Euro), Bezirkshauptmannschaften (+1,9 Mio. Euro), Oö. Landesmusikschulwerk (+1,4 Mio. Euro) und landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen (+0,5 Mio. Euro). Obwohl im Bereich der Verwaltung im Laufe des Jahres 2010 über 100 Dienstposten abgebaut wurden, konnte mit dem ursprünglich geplanten Budget nicht das Auslangen gefunden werden. Es mussten im NVA zusätzliche Mittel von 7,2 Mio.⁹ Euro bereit gestellt werden. Das öffentlich bekannt gemachte Ziel „Einfrieren des Personalaufwandes bis 2012“ wurde daher im Jahr 2010 nicht erreicht. Um dieses ambitionierte Ziel verwirklichen zu können, braucht es nach Ansicht des LRH einen weiteren Abbau von Dienstposten und entsprechende Einsparungen bei einzelnen Personalleistungen.
- Im **Bereich Unterricht** stiegen die Personalausgaben 2009/2010 um 0,8 Prozent bzw. 5,6 Mio. Euro auf 704,7 Mio. Euro. Damit lag die Ausgabensteigerung unter der allgemeinen Bezugserhöhung. Diese Entwicklung war nur durch den Personalarückgang in Folge der gesunkenen Schülerzahl möglich.
- Im **Bereich wirtschaftliche Unternehmen** stiegen die Personalausgaben um 2,6 Prozent auf 22,5 Mio. Euro. Diese überdurchschnittlich hohe Personalkostensteigerung resultiert aus dem personellen Mehrbedarf in den Landespflege- und Betreuungszentren.

- 14.1.** Im VA 2011 wurden die Personalausgaben für die Bereiche Verwaltung mit 438 Mio. Euro, Unterricht mit 719,5 Mio. Euro und wirtschaftliche Unternehmen mit 24,4 Mio. Euro budgetiert. Laut Vorgabe der Direktion Finanzen war in den Budgetanträgen eine Reserve von 1,5 Prozent für allgemeine Bezugserhöhungen und Struktureffekte anzusetzen. Zur Erreichung des Zieles in der Verwaltung „Einfrieren des Personalaufwandes bis 2012“ musste diese 1,5-prozentige Reserve eingespart werden. Die Voranschlagskredite der Direktion Personal wurden daher auf dem Niveau des Rechnungsabschlussbetrages 2009 eingefroren.

- 14.2.** Der LRH stellte fest, dass die Personalausgaben der Verwaltung im RA 2010 bereits um 7,1 Mio. Euro höher waren als der Budgetbetrag für 2011. Laut Angabe des Bewirtschafters wird es auch 2011 mit den bisher realisierbaren Einsparungen nicht möglich sein, den budgetären Rahmen einzuhalten. Es werden wieder Nachtragsmittel benötigt. Da das Land im Gegensatz zu früheren Jahren seit 2008 im Personalbereich der Verwaltung jährlich zusätzliche Mittel von ca. 7 bis 8 Mio. Euro in einem NVA benötigte, sollte in Hinkunft auf eine bedarfsgerechte Budgetausstattung geachtet werden. Aus der Sicht des LRH ist jedoch klar, dass eine nachhaltige Entlastung des Landeshaushaltes nur durch eine rigorose Personalbewirtschaftung gelingen kann, was derzeit von den politischen Entscheidungsträgern auch angestrebt wird.

9 6 Mio. Euro für die allgemeine Verwaltung und 1,2 Mio. Euro für die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Anzahl der Beschäftigten

- 15.1.** Die Anzahl der beschäftigten Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer (RA-Anlage 11a) sank im Jahr 2010 um 170,9 Vollbeschäftigtenäquivalente (VBÄ) auf 21.824,5 VBÄ. Im Detail entwickelten sich die einzelnen Bereiche wie folgt:

Vollbeschäftigtenäquivalente	2009	2010	+/- absolut	+/- Prozent
Verwaltung	8.565,7	8.452,4	-113,3	-1,3 %
Unterricht	12.939,2	12.871,8	-67,4	-0,5 %
Wirtschaftl. Unternehmen	490,5	500,3	+9,8	+2,0 %
Vollbeschäftigtenäquivalente gesamt	21.995,4	21.824,5	-170,9	-0,8 %

- 15.2.** Der LRH stellte fest, dass sich der Personalstand in der **Verwaltung** um 113,3 VBÄ auf 8.452,4 VBÄ verminderte. Dieser Rückgang ist auf eine intensive Personaleinsparung zurück zu führen. Durch interne Aufgabenverlagerungen bei Nachbesetzungen und laufende Rationalisierung war es möglich, notwendige Personalausweitungen abzudecken. Das Land beabsichtigt auch weiterhin, Dienstposten abzubauen.

Im Bereich des **Unterrichts** ist der Personalstand um 67,4 VBÄ auf 12.871,8 Mio. Euro zurückgegangen. Die Ursache liegt im Rückgang der Lehrkräfte infolge der geringeren Anzahl an Schülern. Der Bedarf an Lehrkräften wäre noch niedriger gewesen, wenn nicht die Klassenschülerhöchstzahl auf 25 gesenkt worden wäre.

Pensionen

- 16.1.** Die Leistungen für Pensionen und Ruhebezüge (RA-Anlage 2b) wuchsen 2010 um 18,8 Mio. Euro bzw. 4,1 Prozent auf 477,3 Mio. Euro an. Davon entfielen 219,6 Mio. Euro auf Verwaltung, 254,6 Mio. Euro auf Unterricht und 3,2 Mio. Euro auf Vertretungskörper. Mit den veranschlagten Beträgen im VA 2010 konnte das Auslangen nicht gefunden werden, es mussten zusätzlich 2,8 Mio. Euro im NVA bereit gestellt werden. Per 31.12.2010 gab es 13.670 Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger (Vorjahr 13.435).

- 16.2.** Der LRH stellte fest, dass der Anstieg an Pensionsbezieherinnen und -bezieher im Bereich der Verwaltung durch Neupensionisten (141 Personen) begründet ist. Die Ausgabensteigerungen bei den Pensionen ergeben sich auch daraus, dass es sich bei den Sterbefällen durchwegs um Pensionisten mit niedrigerem Einkommen handelt, während die Neupensionen der letzten Jahre vermehrt Bedienstete mit einem höheren Einkommen betreffen. Im Bereich des Unterrichts gehen altersbedingt viele Lehrerinnen und Lehrer in Pension (2010: 373 Pensionierungen). Diese Entwicklung wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Aufgrund der steigenden Anzahl an Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern sowie der allgemeinen Pensionserhöhung ist die Steigerung von 4,1 Prozent für den LRH vertretbar.

Transfers von/an öffentliche Rechtsträger

17.1. Die Transfers (Finanzzuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge) von und an Träger des öffentlichen Rechts stellen sich lt. RA-Beilage 3a und 3b in verdichteter Form wie folgt dar (Beträge in Mio. Euro):

Einnahmen aus Transfers von:	2008	2009	2010	Veränderung
Bund	648,7	125,7	990,4	+864,7
Länder	0,1	0,1	1,3	+1,2
Gemeinden u. Gemeindeverbände	380,0	425,8	527,9	+102,1
Sonstige öffentliche Träger (z. B. Sozialversicherungsträger, Fonds, EU)	23,8	24,1	29,7	+5,6
Summe	1.052,6	575,6	1.549,5	+973,9
Ausgaben für Transfers an:				
Bund	3,1	3,9	4,8	+0,9
Länder	0	0	0,5	+0,5
Gemeinden u. Gemeindeverbände	379,0	418,6	435,5	+16,9
Sonstige öffentliche Träger (z. B. Sozialversicherungsträger, Fonds, Kammern)	110,6	126,6	122,0	-4,6
Summe	492,7	549,1	562,9	+13,8

17.2. Der LRH begrüßte, dass das Land erstmals alle Transfers von und an öffentliche Rechtsträger in diesem Nachweis darstellte, indem auch Einnahmen aus der Landesumlage (79,5 Mio. Euro) und aus den Kostenbeiträgen des Bundes für die Landeslehrer (845,9 Mio. Euro) gezeigt werden. Wenngleich dies haushaltsrechtlich nicht zwingend gefordert war, wurde dadurch der Informationsgehalt dieser Nachweise verbessert und eine Übereinstimmung mit den im RQ ausgewiesenen Transfers von und an Träger des öffentlichen Rechts (RA-Beilage 14; KZ 14, 26, 34, 44) erzielt.

Auch ohne die erweiterten Darstellungen stiegen die Transferzahlungen zwischen dem Land und anderen öffentlichen Rechtsträgern weiter an. Diese Entwicklung betrifft vor allem die Transferbeziehungen mit den Gemeinden, welche sich einnahrweiseitig durch erhöhte Krankenanstaltenbeiträge (+16,7 Mio. Euro) und Finanzzuweisungen (+21,1 Mio. Euro) sowie ausgabenseitig durch steigende Zahlungen des Landes für die Kindergärten (+19,9 Mio. Euro) abbildeten. Die Mehrausgaben bei den Kindergärten wurden wiederum teilweise durch steigende Transfers vom Bund an das Land für die Umsetzung der Vereinbarung Art. 15a B-VG für Kinderbetreuungseinrichtungen (+7,8 Mio. Euro) kompensiert.

Wie schon im Bericht zum RA 2009 festgehalten, bedarf es aus Sicht des LRH einer Entflechtung der Transferbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften. Er verweist diesbezüglich auf aktuelle Studien zur grundlegenden Reform des Finanzausgleiches.

Rücklagen

- 18.1.** Lt. RA-Beilage 5a verminderte sich der Rücklagenstand im Jahr 2010 von 587,6 Mio. Euro auf 370,9 Mio. Euro. Von diesen haushaltswirksamen RL (Soll) waren kassenmäßig (Ist) zu Jahresbeginn 432,8 Mio. Euro und zum Jahresende 219,8 Mio. Euro gedeckt. Die einzelnen RL veränderten sich wie folgt (in Mio. Euro):

	Soll - Rücklagen (haushalts- bzw. erfolgswirk- sam)			Ist - Rücklagen (geld- bzw. kassenwirk- sam)		
	2009	2010	Verän- derung	2009	2010	Verän- derung
Gebundene RL ¹⁰	50,9	50,4	-0,5	50,9	50,4	-0,5
RL für Pilotprojekte Flexi- Klausel	1,3	1,3	+0,0	1,3	1,3	+0,0
Haushalts-RL	264,8	48,6	-216,2	264,8	48,6	-216,2
Zwischensumme	317,0	100,3	-216,7	317,0	100,3	-216,7
RL zur Übertragung von Ausgabekrediten	270,6	270,6	-0,0	115,8	119,4	+3,6
Gesamtsumme	587,6	370,9	-216,7	432,8	219,8	-213,0

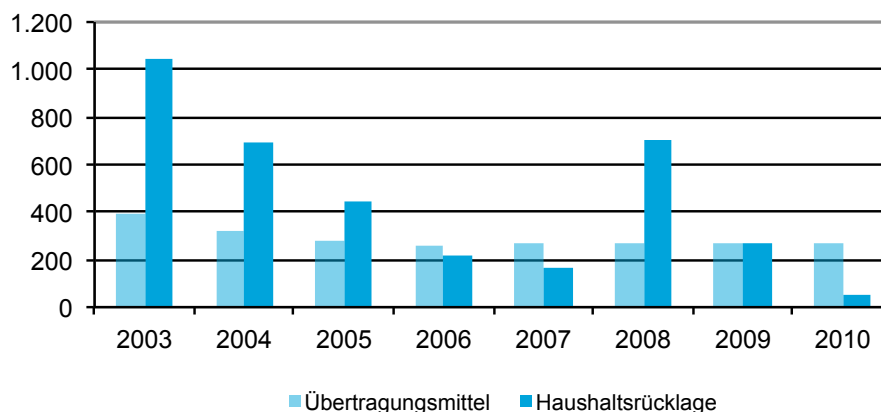
Einem langjährigen Trend folgend, gingen auch 2010 die haushaltswirksamen RL (Soll) in Summe um 216,7 Mio. Euro und die mit Geld gedeckten Ist-RL um 213 Mio. Euro zurück. Dies ist vor allem auf die Entwicklung der Haushalts-RL zurückzuführen, die sich per Ende 2010 auf 48,6 Mio. Euro verringerte. Für die Zukunft bedeutet dies, dass der Landeshaushalt aus der vorhandenen Haushalts-RL nur mehr in dieser Höhe profitieren kann, auch wenn das Land im Rahmen der allgemeinen Geldbestände noch wesentlich höhere Beträge in Wertpapieren veranlagt hat.

Per 31.12.2010 waren von den Ist-RL (219,8 Mio. Euro) insgesamt 182,8 Mio. Euro im Kassenbestand enthalten und 37 Mio. Euro in eigenen Wertpapieren außerhalb des Kassenbestandes veranlagt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Soll- und Ist-RL (151,1 Mio. Euro) betrifft fast ausschließlich die buchmäßige RL zur Übertragung von Haushaltskrediten (Ü-Mittel), die erst bei Bedarf mit liquiden Mitteln zu bedecken ist.

- 18.2.** Für den LRH bestätigte sich auch 2010 der bereits vor Jahren prognostizierte Trend des Abbaues der Rücklagen insbesondere der Haushalts-RL. Der massive Abbau der Haushalts-RL wurde durch Vermögensverkäufe in den Jahren 2007, 2008 und 2010 nur zwischenzeitig verlangsamt und kurzfristig unterbrochen. Dies verdeutlicht nachstehende Grafik über die maßgeblichen Haushalts- und Finanzreserven des Landes, das sind im Wesentlichen die Haushalts-RL und die RL zur Übertragung von Ausgabekrediten:

10 Die gebundenen Rücklagen sind: RL für Pensionen aus öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis, RL für Pensionen der Gemeindebediensteten, Bürgschaftssicherungsrücklage nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bürgschaftssicherungsrücklage nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen.

Entwicklung der Haushalts- und Finanzreserven
(in Mio. Euro)



Die buchmäßige RL zur Übertragung von Haushaltskrediten stagniert seit Jahren auf etwa gleichem Niveau. Die mit liquiden Mitteln gedeckte Haushalts-RL hätte 2010 ohne weiteren Verkauf von WBF-Darlehen nicht gereicht, um den hohen Mittelverbrauch zum Haushaltsausgleich abzudecken. 2011 kann der Haushaltsabgang aus der Haushalts-RL nicht mehr finanziert werden. Selbst die im VA 2011 eingeplante Rücklagenbehebung von 62,7 Mio. Euro ist in dieser Höhe allein aus der Haushalts-RL nicht möglich. In Zukunft können auch kaum noch größere Rücklagen aus weiteren Vermögensverkäufen aufgebaut werden. Daher empfiehlt der LRH seit Jahren, das Ausgabenniveau des Landes wieder mehr nach den laufenden Einnahmen auszurichten, was bislang vielfach unberücksichtigt blieb. Das bestehende Finanzproblem braucht eine dauerhafte Lösung, um den Landeshaushalt strukturell zu entlasten. Durch Reformen müssen Ausgabeneinsparungen im Pflicht- und Ermessensbereich insbesondere bei Investitionen, Transfers (Förderungen und diverse Finanzverflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften) und Personal gelingen, damit das Land OÖ die Neuverschuldung gering halten kann.

Schulden

19.1. Die Schulden der Gebietskörperschaften gliedern sich nach der VRV in Finanzschulden (RA-Beilage 6) sowie noch nicht fällige Verwaltungsschulden (RA-Beilage 8) und können folgendermaßen definiert werden:

- Finanzschulden sind in Anlehnung an § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes Geldverbindlichkeiten aus Darlehen, Krediten oder Anleihen, die zur Verschaffung von Deckungsmitteln für den eigenen Haushalt aufgenommen werden oder außergewöhnliche Finanzierungserleichterungen, bei denen die Zahlungen um mehr als 10 Jahre nach Empfang der Leistung hinausgeschoben werden.
- Noch nicht fällige Verwaltungsschulden betreffen jene finanziellen Verpflichtungen des Landes, deren Rechtsgültigkeit und Höhe zwar bereits feststehen, die aber am Jahresende noch nicht fällig wurden.

Finanzschulden

20.1. Der Stand an Ist-Finanzschulden erhöhte sich von 2009 auf 2010 um 73,4 Mio. Euro auf 165,4 Mio. Euro. Davon wurden 56,8 Mio. Euro zur Verstärkung der Bedarfszuweisungsmittel der Gemeinden und weitere 16,6 Mio. Euro zur Liquiditätssicherung verwendet.¹¹ Die Neuverschuldung war nötig, weil das Land höher verzinsten Geldveranlagungen (280 Mio. Euro) nicht auflöste.

Der Soll-Schuldenstand von 509,6 Mio. Euro beinhaltet neben der gesamten Ist-Verschuldung auch die offenen Darlehensaufnahmen aus dem buchmäßigen Ausgleich der Haushaltsrechnung früherer Jahre (344,2 Mio. Euro). Diese offenen Darlehen müssen erst aufgenommen werden, wenn es die Liquiditätssituation erfordert.

20.2. Für den LRH war es nachvollziehbar, dass das Land Fremdmittel aufnahm und gleichzeitig höher verzinsten Veranlagungen nicht auflöste. Der Fremdmittelbedarf von 73,4 Mio. Euro konnte vor allem deshalb geringer als im Vorjahr (92 Mio. Euro) gehalten werden, weil Wohnbaudarlehen an die Laho verkauft und Rücklagen aufgelöst wurden. Der gesamte Stand an Finanzschulden ist im Vergleich zu anderen Bundesländern noch gering.

Bei der Beurteilung der Verschuldung ist aber zu berücksichtigen, dass das Land bereits seit Jahren zur Realisierung von hohen Investitionen mitunter diverse Sonderfinanzierungen tätigte oder Fremdmittel in den ausgegliederten Gesellschaften aufnahm. Solche finanziellen Verpflichtungen sind für den LRH den Finanzschulden ähnlich, wenn deren Rückzahlung im überwiegenden Ausmaß aus Steuergeldern erfolgt. Die Finanzverpflichtungen aus derartigen Sonderfinanzierungen und ausgelagerten Schulden stellen sich entsprechend der Nachweise zum RA wie folgt dar (Beträge in Mio. Euro):

	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
Darlehen der Ordenskrankenhäuser	267,8	301,9	357,4	+55,5
Private Vorfinanzierungen im Straßenbau	79,3	91,9	76,0 ¹²	-15,9
Landesdienstleistungszentrum – Mietverpflichtungen innerhalb Kündigungsverzichts	111,0	104,9	98,6	-6,3
Summe Sonderfinanzierungen	458,1	498,7	532,0	+33,3
Fremdfinanzierungen gespag	196,0	233,0	284,0	+51,0
Fremdmittelaufnahme LIG	84,5	139,2	155,0	+15,8
Zwischenfinanzierung Thermenholding	26,8	22,7	22,9	+0,2
Fremdmittelaufnahme MTG	27,7	31,5	54,2	+22,7
Summe ausgelagerte Schulden	335,0	426,4	516,1	+89,7
Investitionsfinanzierungen gesamt	793,1	925,1	1.048,1	+123,0

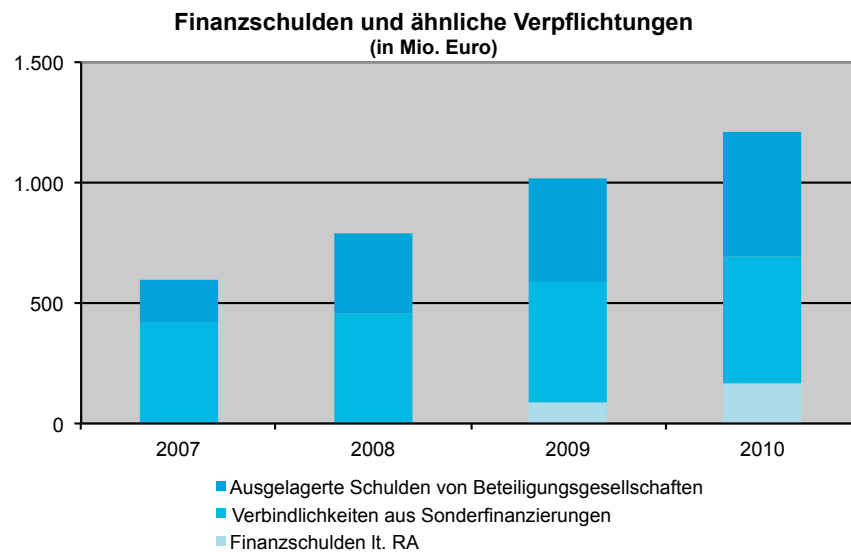
11 56,8 Mio. Euro waren erfolgs- und kassenwirksam (Soll und Ist) einzubuchen, weitere 16,6 Mio. Euro nur kassenwirksam (Ist). Die Schuldaufnahmen für Gemeinde-BZ (2010: 56,8 Mio. Euro) sollen ab 2013 wieder aus Gemeinde-Bedarfszuweisungen zurückbezahlt werden.

12 Die privaten Vorfinanzierungen im Straßenbau sind im Nachweis der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden zum Jahresende 2010 mit 139,4 Mio. Euro als ausnutzbarer Rahmen ausgewiesen. Die tatsächlich vorfinanzierten Beträge beliefen sich lt. Angabe des Bewirtschafters Ende 2010 auf ca. 76 Mio. Euro.

Wie obige Tabelle zeigt, beliefen sich diese Zahlungsverpflichtungen 2008 auf 793,1 Mio. Euro, 2009 auf 925,1 Mio. Euro und 2010 bereits auf 1.048,1 Mio. Euro. In diesen Summen sind die Verbindlichkeiten der Laho (2008: 499,4 Mio. Euro; 2009: 512,4 Mio. Euro; 2010: 715,1 Mio. Euro) aus der Einlösung von WBF-Darlehen nicht enthalten, da deren Rückzahlung größtenteils durch die eingelösten Darlehensrückflüsse gedeckt ist (siehe dazu Pkt 22).

Ohne die Laho-Schulden stiegen die Verbindlichkeiten aus ausgelagerten Schulden und Sonderfinanzierungen im Jahr 2010 um 123 Mio. Euro, was ähnlich hoch wie im Vorjahr ist. Hauptursache für den Anstieg waren die Fremdfinanzierungen der gespag und der Ordenskrankenhäuser, welche zusammen 106,5 Mio. Euro ausmachten. Für den LRH ist die Situation im Spitalsbereich insofern problematisch, da weiterhin hohe Darlehensaufnahmen geplant sind, für deren Rückzahlung das Land verpflichtet ist. Der LRH wies darauf hin, dass die Abstattung dieser Verbindlichkeiten den Landeshaushalt künftig massiv belasten wird. Alleine die Annuitätenzahlungen an die Ordenskrankenhäuser werden von 21,5 Mio. Euro im Jahr 2010 auf über 45 Mio. Euro im Jahr 2015 steigen. Das Rückzahlungsszenario der gespag-Schulden ist weiterhin offen.

Eine gemeinsame Betrachtung der Finanzschulden im Landeshaushalt und der wesentlichen finanziellen Verpflichtungen aus ausgelagerten Investitionsfinanzierungen ergibt folgendes Bild:



Obige Zeitreihe zeigt, dass sich die gesamten Finanzverbindlichkeiten des Landes von 2007 (600,7 Mio. Euro) bis ins Jahr 2010 (1.213,4 Mio. Euro) mehr als verdoppelt haben, die aus künftigen Budgets zu bedecken sind. Um dem finanzpolitischen Ziel „keine Politik zu Lasten nächster Generationen“ gerecht zu werden, wird es aus Sicht des LRH auch notwendig sein, diese hohen Steigerungen einzubremsen und den Abbau dieser Verbindlichkeiten zu forcieren.

Noch nicht fällige Verwaltungsschulden

21.1. Bei den noch nicht fälligen Verwaltungsschulden handelt es sich grundsätzlich um Mehrjahresverpflichtungen, die vom Oö. Landtag beschlossen wurden. Sie betreffen z. B. vertragliche Mittelzusicherungen für bereits realisierte oder künftige Investitionen, laufende Zuschüsse für private und öffentliche Rechtsträger sowie für Beteiligungsunternehmen des Landes. Die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden sind von ihrer Fälligkeit und ihrem wirtschaftlichen Gehalt sehr unterschiedlich, weshalb die Aussagekraft des Gesamtstandes eingeschränkt ist. Dieser war zum Ende des Jahres 2010 mit 2.934,7 Mio. Euro um 158,8 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr.

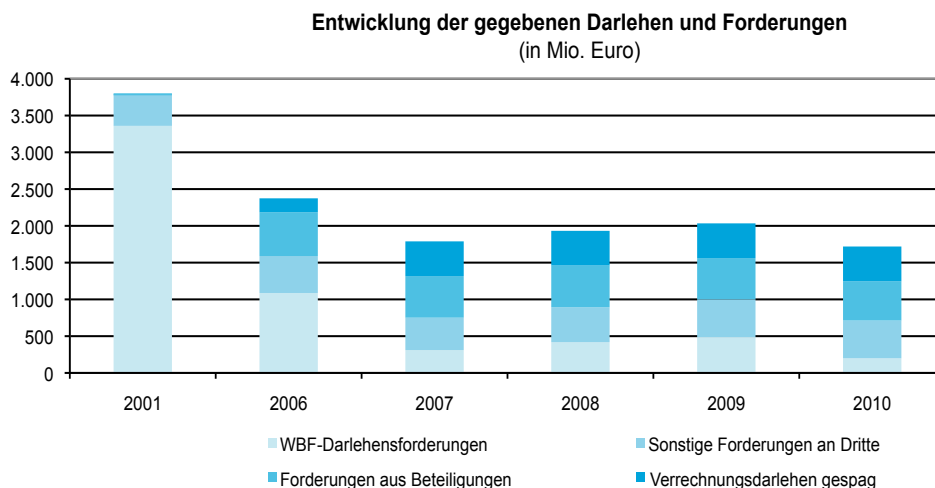
21.2. Zu den markanten Veränderungen im Jahresvergleich 2009/2010 hielt der LRH Folgendes fest:

- Im Rahmen der **Wohnbauförderung** gingen die noch nicht fälligen Verwaltungsschulden durch die Umstellung von Direktdarlehen auf Annuitätenzuschüsse für Bankdarlehen und das weiter sinkende Zinsniveau um 239,6 Mio. Euro zurück.
- Bei den **Mehrjahresverpflichtungen an Dritte** gab es nennenswerte Zugänge im öffentlichen Nahverkehr bei den Lokalbahnen (+20,1 Mio. Euro) und bei der Oö. Forschungsinitiative (+19,5 Mio. Euro). Gesunken sind vor allem die Verpflichtungen für die Vorfinanzierungen im Straßenbau (-23,1 Mio. Euro).
- Bei den **Beteiligungsunternehmen** (LIG, TIG, MTG, gespag, Fachhochschulen) stiegen die Mehrjahresverpflichtungen um insgesamt 52,7 Mio. Euro an.

Wie schon im Vorjahr ist der Rückgang der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden vor allem auf die Veränderungen in der Wohnbauförderung zurückzuführen. Der LRH weist darauf hin, dass weitere langfristige vertragliche Verpflichtungen vorhanden sind, deren Ausweisung in den Nachweisen zum RA nach den Bestimmungen in der VRV zwar nicht zwingend erforderlich ist, die aber dennoch künftige Budgets belasten werden. Dies betrifft beispielsweise den Vorvertrag des Landes mit dem Bund und der ÖBB Infrastruktur Bau AG für den geplanten Ausbau der Summerauerbahn (Vorfinanzierung der Investitionskosten von 356,5 Mio. Euro bis ins Jahr 2020) sowie die vom Oö. Landtag beschlossene Vereinbarung mit den Ordenskrankenhäusern zur freiwilligen Abdeckung von Betriebsabgängen durch das Land (maximal 200 Mio. Euro bis 2013).

Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen

22.1. Die gegebenen Darlehen und Forderungen (RA-Beilage 7a und 7b) beliefen sich 2010 auf 1.719,1 Mio. Euro und ergaben im Mehrjahresvergleich folgendes Bild:



- 22.2.** Der LRH stellte fest, dass sich der Stand an gegebenen Darlehen und Forderungen gegenüber dem Vorjahr deutlich verminderte (-314,7 Mio. Euro). Dieser Rückgang resultiert vor allem aus der Einlösung von WBf-Darlehen durch die Laho, deren Nominale 345,6 Mio. Euro betrug (Barwert 190 Mio. Euro). Weitere wesentliche Abgänge waren bei der LIG (-25 Mio. Euro) und der Ennshafen-Entwicklungs- und Betriebs-Ges.m.b.H. (-4,4 Mio. Euro) zu verzeichnen. Die noch nicht fälligen Verwaltungsforderungen und gegebenen Darlehen erreichten 2010 den niedrigsten Stand seit vielen Jahren, insbesondere durch den sukzessiven Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen.

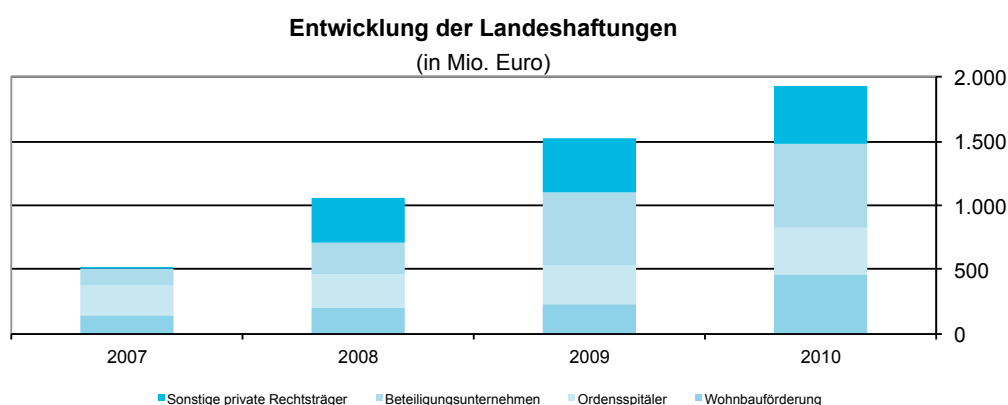
Einlösung von Wohnbaudarlehen durch die Landesholding

- 23.1.** Zum Jahresende 2010 löste die Landesholding Darlehensforderungen mit einem Nominalwert von 345,6 Mio. Euro ein. Das bedeutet, dass künftig die Tilgungen und Zinsen aus diesen Wohnbauförderungsdarlehen mit einer Laufzeit bis maximal 2071 an die Landesholding fließen werden. Die Landesholding zahlte dafür dem Land den aus den erwarteten Rückflüssen der Wohnbauförderungsdarlehen errechneten Barwert in der Höhe von 190 Mio. Euro. Die Landesholding finanzierte diese Zahlung mittels Bankdarlehen, das sie aus den erwarteten Rückflüssen in der Höhe von 430,2 Mio. Euro zurückzahlen wird.
- 23.2.** Der LRH stellte fest, dass diese Einlösung von Wohnbauförderungsdarlehen dem Landeshaushalt zur teilweisen Deckung des Finanzbedarfs zum Haushaltsausgleich zu Gute kam. Dies hat jedoch zur Folge, dass künftig im Landeshaushalt Einnahmen aus der Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen wegfallen. Ohne diesen Vermögensverkauf hätte das Land höhere Fremdmittel aufnehmen müssen, was zu Zinszahlungen und zusätzlicher Haushaltsbelastung geführt hätte. Allerdings stiegen dadurch die Finanzverbindlichkeiten der Landesholding von 512,4 Mio. Euro auf 715,1 Mio. Euro. Die Gesellschaft kann diese Schulden grundsätzlich aus den eingelösten Darlehensrückflüssen decken.

Haftungen

24.1. Haftungen sind in der VRV als Einstehen für gesetzlich oder vertraglich begründete Verpflichtungen definiert. Im Haftungsnachweis (RA-Beilage 10) sind die meisten Haftungen beziffert. Betraglich nicht dargestellt, jedoch verbal erläutert, sind die Ausfallsbürgschaften für die Oö. Landesbank sowie die Patronatserklärung des Landes für die OÖ Landesholding GmbH aus der Darlehensfinanzierung eingelöster WBF-Darlehen.

Bei den summenmäßig erfassten Haftungen erhöhten sich die bewilligten Haftungsrahmen um 568,6 Mio. Euro auf 2.555,6 Mio. Euro. Die tatsächlich ausgenutzten Beträge stiegen dabei um 407,9 Mio. Euro auf 1.931,8 Mio. Euro und setzten sich wie folgt zusammen:



24.2. Aus Sicht des LRH waren folgende Ursachen für den deutlichen Anstieg der Haftungen ausschlaggebend:

- Im Bereich der **Wohnbauförderung** ergab sich ein Zuwachs von 226,8 Mio. Euro. Zum einen stiegen die Haftungsübernahmen im Rahmen der Oö. Neubauförderungs-Verordnung um 109,1 Mio. Euro. Weiters wirkte sich die Umstellung von bereits zugesicherten Direktdarlehen des Landes auf annuitätenbezuschusste Bankdarlehen mit 102 Mio. Euro aus.
- Bei den **Ordensspitalern** waren Haftungen für Darlehen von 357,4 Mio. Euro ausgenutzt, was einem Zugang von 55,4 Mio. Euro entsprach. Der Haftungsrahmen für diese Verbindlichkeiten erhöhte sich um 46,5 Mio. Euro auf 487,1 Mio. Euro.
- Der **Beteiligungsbereich** verzeichnete einen Anstieg um 97,5 Mio. Euro auf 660,3 Mio. Euro, wofür vor allem die Haftungsübernahmen für Fremdfinanzierungen der gespag (+51,2 Mio. Euro), LIG (+15,8 Mio. Euro) und MTG (+22,7 Mio. Euro) verantwortlich waren.
- Die Haftungen gegenüber **sonstigen privaten Rechtsträgern** erhöhten sich um 28,2 Mio. Euro. Dies war primär auf die Garantieübernahme für Verbindlichkeiten der Machland-Damm GmbH (+28,5 Mio. Euro) zurückzuführen. Die Ausfallhaftungen des Landes zur Unterstützung mittlerer und großer Unternehmen bei der Bewältigung krisenbedingter Engpässe stagnierten.

Der LRH merkte an, dass sich die betragsmäßig feststellbaren Haftungen seit 2007 nahezu vervierfachten. Der kontinuierliche Anstieg zeigte sich in allen Hauptkategorien, die künftig in Risikoklassen eingestuft werden sollen. Die Umstellung von Direktdarlehen auf Zuschüsse für Bankdarlehen im Wohnbau weist für den LRH auf den immer enger werdenden finanziellen Spielraum im Landeshaushalt hin.

Beteiligungen

25.1. Im Jahr 2010 veränderten sich die direkten Beteiligungen des Landes wie folgt:

Beteiligungen RA-Beilage 9b	31.12.2009	31.12.2010	+/- Veränderung	
	Nominale in Euro			Prozent
Energie AG OÖ	46.818.000	91.800	-46.726.200	-99,8 %
OÖ Landesholding GmbH	200.000	200.000	0	0,0 %
Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH	1.750	1.750	0	0,0 %
Summe	47.019.750	293.550	-46.726.200	-99,4 %

Neben den direkten Beteiligungen sind in der Beilage auch indirekte Beteiligungen des Landes aufgelistet. Es handelt sich dabei um die direkten Beteiligungen der OÖ Landesholding GmbH und jene der darunter liegenden Branchenholdings. Auf diesen Ebenen entstanden im Jahr 2010 folgende neue Beteiligungsgesellschaften:

- Zwei Bildungseinrichtungen wurden im Rahmen des Oö. Reformprojektes zur **Education Group GmbH** (100 % Anteil Laho) zusammengeführt, um Doppelgleisigkeiten zu beseitigen und Synergien zu nutzen.
- Gemeinsam mit der Stadt Linz wurde die **Creative.Region Linz & Upper Austria GmbH** (50 % Anteil Laho) zur Förderung und Entwicklung der Kreativwirtschaft gegründet.

25.2. Der LRH stellte fest, dass die Veränderung bei den direkten Beteiligungen ausschließlich die Einbringung der Energie AG in die Laho betraf. Ein Minderheitsanteil muss jedoch weiterhin direkt vom Land OÖ gehalten werden. Anzumerken ist, dass der landesverfassungsgesetzlich vorgesehene Einfluss des Landes OÖ durch einen Syndikatsvertrag zwischen Laho und Land OÖ sicher gestellt wurde.

26.1. Die Kapitalausstattung in Form von Gesellschafterzuschüssen belief sich 2009 auf 55,5 Mio. Euro und sank 2010 auf 2,4 Mio. Euro. 2010 betraf sie Investitionszuschüsse an die TIG und an die Fair Energy Renewable Power GmbH (100 % Tochter der Energie AG) sowie Zuschüsse zum laufenden Aufwand der Dachstein Tourismus AG und der Traunsee Touristik GmbH NFG & Co KG.

26.2. Der LRH stellte fest, dass die rückläufigen Ausgaben durch eine einmalige Mietaufrollung bei der LIG (2009: 34,7 Mio. Euro) und durch Ausgabeneinsparungen bei Investitionszuschüssen (-18,3 Mio. Euro) bedingt waren.

Wertpapiere

27.1. Das Nominale der Wertpapiere belief sich zum Jahresende 2010 auf 302 Mio. Euro und veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Wertpapiere (WP) RA-Beilage 9a	31.12.2009	31.12.2010	+/- Veränderung	
	Nominale in Mio. Euro		Prozent	
WP zu RL für Pensionen aus öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis	15	15	0	0,0 %
WP zu RL für Pensionen der Gemeindebediensteten	18	22	+4	+22,2 %
WP Haushaltsrücklage	65	0	-65	-100,0 %
WP der allgemeinen Geldbestände	400	265	-135	-33,8 %
Summe	498	302	-196	-39,4 %

27.2. Aus Sicht des LRH sind die Wertpapiere im Nachweis korrekt und vollständig dargestellt. Er sah bei den Wertpapieren folgende signifikante Veränderungen:

- Die **Wertpapiere der Haushalts-RL** wurden zu den Wertpapieren der allgemeinen Geldbestände transferiert, da ansonsten die veranlagten 65 Mio. Euro (WAG Genussrechte) höher gewesen wären als die gesamte Haushalt-RL (48,6 Mio. Euro).
- Die **Wertpapiere der allgemeinen Geldbestände** sind zur Gänze im Kassenbestand enthalten. Neben den WAG Genussrechten beinhalten sie eine Teilschuldverschreibung der voestalpine-AG, welche von 300 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro im Rahmen der vereinbarten Tilgung reduziert wurde. Außerdem sind in den Wertpapieren der allgemeinen Geldbestände aus vorzeitigen Rückzahlungen von WBF-Darlehen 100 Mio. Euro veranlagt (je 50 Mio. Euro Hypotheken-Pfandbriefe und Teilschuldverschreibung Energie AG).

Verwahrgelder und Vorschüsse

28.1. Der Stand an Verwahrgeldern (RA-Beilage 12a) verminderte sich 2010 um 28,2 Mio. Euro von 785,5 Mio. Euro auf 757,4 Mio. Euro. Im Detail entwickelten sich die einzelnen Bereiche wie folgt:

Verwahrgelder RA-Nachweis 12a	31.12.2009	31.12.2010	+/- Veränderung	
	Mio. Euro		Prozent	
Umsatzsteuer	0,0	-0,2	-0,2	0 %
Abzugsgebarung	35,4	36,7	+1,3	+3,6 %
Konkurrenzgebarung	3,6	0,8	-2,8	-77,7 %
Nebengebarung Wohnbauförderung	249,2	270,6	+21,5	+8,6 %
Sonderrechnungen	10,1	9,6	-0,4	-4,2 %
Verwahrgelder der BHs	3,8	3,5	-0,3	-7,2 %
Verwahrgelder der Nebenkassen	1,3	1,3	+0,0	+2,5 %
Sonstige Verwahrgelder	482,3	435,0	-47,3	-9,8 %
Summe	785,5	757,4	-28,2	-3,6 %

- 28.2.** Die größten Beträge finden sich einerseits in der Nebengebarung von 270,6 Mio. Euro, die die Wohnbauförderung betreffen und andererseits in den sonstigen Verwahrgeldern, in denen Rücklagen (219,8 Mio. Euro) und Fremdmittelaufnahmen bei der ÖBFA (165,4 Mio. Euro) verrechnet werden.

Der Rückgang der Verwahrgelder ist hauptsächlich auf Bewegungen beim Rücklagenkonto zurückzuführen. Die Behebung der Haushalts-RL betrug 264,1 Mio. Euro bei Zuführungen von 48 Mio. Euro.

- 29.1.** Allerdings wurde der Rückgang durch Einnahmenezuwächse im Bereich der Nebengebarung Wohnbauförderung gebremst. Diese liquiden Mittel stiegen im Jahresvergleich 2009/2010 von 249,2 Mio. Euro auf 270,6 Mio. Euro an. Die zusätzlichen Einnahmen von 21,5 Mio. Euro waren hauptsächlich auf eine Aktion zur vorzeitigen Rückzahlung von Darlehen zurückzuführen, die allen Wohnbaudarlehensnehmerinnen und -nehmern geboten wurde, deren Annuitäten barwertmäßig veräußert bzw. eingelöst worden sind.

- 29.2.** Der LRH beurteilte die Darstellung der zugeflossenen Mittel in Folge der vorzeitigen Rückzahlung von bereits verkauften Darlehen in der voranschlagsunwirksamen Gebarung als korrekt. Diese Mittel erhöhten den Geldbestand in der Landeskasse wesentlich und sind entsprechend ihrer ursprünglichen Fälligkeit an die Forderungskäufer weiter zu leiten. Von den 270,6 Mio. Euro wurden 100 Mio. Euro längerfristig veranlagt, wobei lt. Angabe der Finanzdirektion der Veranlagungszinssatz dem Abzinsungsfaktor der Rückzahlungsaktion entspricht.

Der LRH merkte an, dass die vorzeitige Rückzahlung bereits verkaufter Darlehen zum jeweiligen Barwert gegenwärtig die Liquidität des Landes stärkt. Das Land hat einen wirtschaftlichen Nutzen aus Zinserträgen und der Vermeidung größerer Schuldaufnahmen. Allerdings bewirken die vorzeitigen Rückzahlungen, dass in den nächsten Jahrzehnten die regelmäßigen Rückflüsse von Seiten der Darlehensnehmerinnen und -nehmer fehlen werden, wodurch Mittel von 150,9 Mio. Euro aus dem Haushalt bereit zu stellen sind. Der LRH empfiehlt in Hinkunft diesen offenen Betrag im Nachweis der noch nicht fälligen Verwaltungsschulden evident zu halten und durch laufende Zuschüsse aus dem Haushalt innerhalb der nächsten 20 Jahre abzustatten. Für den konkreten Rückzahlungsmodus sind entsprechende politische Beschlüsse herbeizuführen.

- 30.1.** Die in der RA-Beilage 12 b ausgewiesenen Vorschüsse erhöhten sich um 166,5 Mio. Euro von 136,8 Mio. Euro auf 303,3 Mio. Euro. In der nachstehenden Tabelle werden die größten Veränderungen dargestellt:

Vorschüsse RA-Nachweis 12b	31.12.2009	31.12.2010	+/- Veränderung	
	Mio. Euro		Prozent	
Abrechnungskonten der Nebenkassen	1,2	1,1	-0,1	-11,2 %
Vorschüsse der BHs	1,2	1,1	-0,1	-8,6 %
Sonstige Vorschüsse	134,2	300,9	+166,7	+124,3 %
Summe	136,8	303,3	+166,5	+121,7 %

- 30.2.** Der wesentliche Betrag von 300,9 Mio. Euro ist bei den sonstigen Vorschüssen zu verzeichnen. Davon betreffen 165,4 Mio. Euro die buchmäßige Verrechnung der Fremdmittelaufnahmen, 73,8 Mio. Euro Kapital Betriebsmittel gesparg und 59,9 Mio. Euro aktive Rechnungsabgrenzung.

Der Anstieg bei den Vorschüssen resultiert ausschließlich aus der Verrechnungsdarstellung der Fremdmittelaufnahmen bei der ÖBFA. Diese Schuldaufnahmen sind ergebnisneutral im Nachweis Verwahrgelder und Vorschüsse verrechnet.

UMSETZUNG VON EMPFEHLUNGEN AUS DER PRÜFUNG DES RA 2009

31.1. Der Ausschuss für Finanzen des Oö. Landtags behandelte in seiner Sitzung am 24.6.2010 den Bericht des LRH über die Initiativprüfung „Rechnungsabschluss 2009 des Landes OÖ“ (Zl. LRH-100003/224-2010-MÜ). Dabei stellte der Ausschuss fest, dass nachstehende Punkte als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge im Sinne des § 9 Abs. 2 des Oö. LRHG zu betrachten sind.

In den Punkten 32 bis 39 setzte sich der LRH mit der Umsetzung dieser Empfehlungen auseinander. Unter Kennzeichnung 1 der genannten Punkte ist der Inhalt der Empfehlung entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Finanzausschusses wieder gegeben. Unter Kennzeichnung 2 beurteilt der LRH den Stand der Umsetzung der jeweiligen Empfehlung.

Strategie zur Haushaltskonsolidierung

32.1. Die Oö. Landesregierung sollte zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes eine Strategie entwickeln. Im Rahmen einer solchen Konsolidierungsstrategie sind die Größenordnungen und Ansatzpunkte zur Entlastung des Haushaltes von den Entscheidungsträgern des Landes zu fixieren und transparent zu machen. (siehe Berichtspunkt 11.2. Seite 17 bis 20 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)

32.2. Für eine mittelfristige Haushaltskonsolidierung ist eine klare Strategie mit konkreten Maßnahmen auf Basis der Vorgaben eines neuen Stabilitätspaktes, der finanzpolitischen Ziele des Oö. Landtags und der mittelfristigen Budgetplanung des Landes notwendig. Zur Entlastung des Haushaltes startete das Land das Oö. Reformprojekt 2010 „Zukunft finanzieren – Zukunft ermöglichen“. Dieses Projekt umfasst eine Aufgaben- und Verwaltungsreform mit diversen Sonderprojekten sowie eine Spitalsreform. Die Ergebnisse aus diesen Projekten werden transparent und öffentlich gemacht, nachdem im politischen Lenkungsausschuss über die Expertenvorschläge entschieden wurde. Zuletzt wurden die Ergebnisse aus der fünften Sitzung des Lenkungsausschusses im Mai 2011 publik. Der LRH gewann den Eindruck, dass die bisherige Vorgangsweise beim Durchforsten der Aufgaben und Aufspüren möglicher Optimierungs- und Einsparungspotenziale im Rahmen des Reformprojektes strukturiert und professionell erfolgt. Wichtig ist, dass die Reformen und Einsparungen auch konsequent umgesetzt und der Haushalt weiter entlastet wird, was eine große Herausforderung in der Gegenwart und Zukunft darstellt. Die strategischen Reformansätze zur Haushaltsentlastung beurteilt der LRH aufgrund der bisherigen Schritte und Ergebnisse als zweckmäßig. Er wird die weitere Entwicklung der Reformen und Einsparungen laufend beobachten.

Wenn das Land das finanzpolitische Ziel „Erhalt der Finanzschuldenfreiheit über den Konjunkturzyklus“ und die Absicht des Finanzreferenten „2015 den Haushalt wieder ohne Neuverschuldung auszugleichen“ umsetzen will, sind neben einer guten kon-

junkturrellen Entwicklung spürbare Ausgabeneinsparungen und zusätzliche Einnahmen unverzichtbar. Zu den Größenordnungen der zur Zielerreichung notwendigen Entlastungseffekte konnte der LRH keine exakten Zahlen ermitteln, weil zum Zeitpunkt der Prüfung noch keine aktuelle Mittelfristplanung des Landes vorlag und ihm Prognosewerte für die Zukunft nur fragmentarisch bekannt sind. Eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung des Landes, die zumindest jährlich zu aktualisieren ist, hält der LRH für unerlässlich. In dieser Hinsicht sieht er weiteren Handlungsbedarf, da eine Mehrjahresplanung zuletzt im VA 2009 für den Zeitraum bis 2011 öffentlich gemacht wurde. Eine aktuelle mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung soll lt. VA 2011 bis Jahresmitte erarbeitet und dem Oö. Landtag zur Kenntnis gebracht werden. Der LRH empfiehlt, dass nach Vorlage der Mehrjahresplanung 2011 in Hinkunft dem Oö. Landtag wieder jährlich eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung im Zuge des Voranschlages vorgelegt wird. Eine ausgereifte Mehrjahresplanung stellt aus der Sicht des LRH eine wichtige Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für den Oö. Landtag für entsprechende Konsolidierungserfordernisse und Schwerpunktsetzungen in der Zukunft dar. Sie sollte auf Basis der Vorgaben des jeweiligen Stabilitätspaktes, der finanzpolitischen Zielsetzungen und der Ergebnisse aus den Reformprojekten erarbeitet, mit den politischen Referenten und Bewirtschaftern abgestimmt und periodisch angepasst werden. Dies erfordert landesweit einen gesamthaften Planungsprozess nach einheitlichen Standards. Diese Standards und notwendigen Prozessschritte sollten sukzessive definiert und im Einvernehmen zwischen Landesfinanzreferenten und Oö. Landesregierung festgelegt werden.

In Umsetzung; Standards und Prozessschritte für Mittelfristige Finanzplanung sind noch zu definieren

Budgeterstellung und -vollzug

- 33.1.** Künftige Budgets sollten unter Beachtung des haushaltsrechtlichen Grundsatzes der Budgetwahrheit erstellt und das politisch gewollte Leistungsangebot mit den budgetären Möglichkeiten in Einklang gebracht werden. Mehrjährige Budgetvereinbarungen, die im Budgetvollzug künftig strikt einzuhalten sind, sollten mit einem klaren Leistungsauftrag kombiniert und dem Oö. Landtag zur Kenntnis gebracht werden. Auch die mehrjährige Planbarkeit des Mitteleinsatzes sollte forciert werden, indem die finanziellen Planungen der Bewirtschafter mit der gesamten Finanz- und Investitionsplanung des Landes OÖ jährlich abgestimmt werden. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)
- 33.2.** Auf Basis einer mehrjährigen Planung des Leistungsangebotes im öffentlichen Nahverkehr beantragte der Bewirtschafter im Auftrag des zuständigen Referenten die für das Jahr 2011 voraussichtlich notwendigen Budgetmittel. In der Folge wurde zwischen Verkehrs- und Landesfinanzreferenten das voraussichtliche Jahresbudget 2011 im Einvernehmen mit 105,6 Mio. Euro (ohne Budget für Verkehrssicherheit) festgelegt und die nötige Anpassung des Leistungsangebotes wie z. B. langsamerer Ausbau von regionalen Verkehrskonzepten und Ausdehnung des Zeitraumes bei zugesicherten Investitionsförderungen erörtert. Der LRH stellte fest, dass im öffentlichen Nahverkehr die Förderung mancher Projekte wie z. B. Straßenbahnlinie 3 auf das Harter Plateau, Beschaffung von Erdgasbussen und Errichtung einer Gastankstelle sowie die Revitalisierung der Pöstlingbergbahn erstreckt wird, um das Budget

einzuhalten bzw. weniger zu belasten. Der LRH sieht es als kritisch an, wenn Finanzierungszeiträume erstreckt werden und dadurch Zinszahlungen vom Land mitgefördert werden müssen. Außerdem weist der LRH darauf hin, dass eine Abänderung einer mehrjährigen Fördervereinbarung grundsätzlich der Beschlussfassung durch den Oö. Landtag bedarf.

Hinsichtlich etwaiger mehrjähriger Budgetvereinbarungen stellte der LRH fest, dass eine solche Vereinbarung für das Verkehrsressort nicht getroffen wurde. Eine Abstimmung der mittelfristigen Bedarfsplanung des Bewirtschafters mit einer mehrjährigen Finanz- und Investitionsplanung des Landes war noch nicht möglich, da diese gesamthafte Planung noch nicht vorlag.

In Umsetzung

Einhaltung der Haushaltsordnung im Budgetvollzug

- 34.1.** Im Budgetvollzug ist die Haushaltsordnung strikt einzuhalten. Der Bewirtschaftler im öffentlichen Nahverkehr sollte sämtliche Zahlungsverpflichtungen durch entsprechende Mittelbindungen evident halten und laufend dem Referenten über den Budgetvollzug berichten. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)
- 34.2.** Seit der Prüfung des Budgetvollzugs im Verkehrsressort wurde vom Bewirtschaftler die Haushaltsordnung eingehalten. Die Fachabteilung informiert den Referenten laufend über den Budgetvollzug. Laut Angabe des Bewirtschafters werden die Mittelbindungen im EDV-System vorgenommen.

Vollständig umgesetzt

Klare Hinweise auf budgetäre Bedeckung

- 35.1.** In den Anträgen für Beschlüsse der Kollegialorgane soll die budgetäre Ist-Situation genauer als bisher beschrieben werden. Falls von der Oö. Landesregierung entgegen der Haushaltsordnung Maßnahmen beschlossen werden sollen, die im laufenden Voranschlag keine vollständige Bedeckung finden, ist auf die fehlende Bedeckung hinzuweisen und auf die voraussichtlichen finanziellen Erfordernisse möglichst genau einzugehen. Es ist sicherzustellen, dass der Oö. Landesregierung im Regelfall nur entsprechend schlüssige und finanziell gedeckte Anträge vorgelegt werden. Es sollte klar geregelt werden, wie dies in Zukunft gewährleistet werden kann. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)
- 35.2.** Die Umsetzung dieser Empfehlung wurde mit Erlass des Landesfinanzreferenten vom 17. August 2010 (FinD-160373/7-I-2010-Ri/Pa) unter Hinweis auf die bestehende HO von allen Direktionen eingefordert. Der LRH stellte im Rahmen seiner Folgeprüfung fest, dass dieser Empfehlung im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs im geforderten Ausmaß entsprochen wurde.

Vollständig umgesetzt

Soll-Stellung fälliger Zahlungsverpflichtungen

- 36.1.** Für eine periodengerechte Zuordnung sind in Hinkunft am Jahresende alle fälligen Zahlungsverpflichtungen von wirtschaftlicher Bedeutung durch eine entsprechende Soll-Stellung der Ausgabenbeträge in die Haushaltsrechnung des betreffenden Jahres aufzunehmen. Solche fälligen Ausgabenverpflichtungen ohne budgetäre Bedeckung sollten dem Oö. Landtag im Zuge des Rechnungsabschlusses gesondert in einem Nachtragsbudget vorgelegt werden. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)
- 36.2.** In den Richtlinien für bewirtschaftende Stellen zur Erstellung des RA 2010 (FinD-000170/2-I-2010-Ri/Ma vom 3. November 2010) wurde Folgendes verankert: „Für eine periodengerechte Zuordnung sind allenfalls im abgelaufenen Verwaltungsjahr bereits fällige Zahlungsverpflichtungen von wirtschaftlicher Bedeutung, die jedoch nicht zur Anordnung gelangt sind, durch eine entsprechende Soll-Stellung der Ausgabenbeträge in die Haushaltsrechnung des Jahres 2010 aufzunehmen. Solche fälligen Ausgabeverpflichtungen ohne budgetäre Bedeckung werden dem Oö. Landtag im Zuge des Rechnungsabschlusses gesondert in einem Nachtragsbudget vorgelegt. Von wirtschaftlicher Bedeutung sind offene Zahlungsverpflichtungen jedenfalls dann, wenn sie in Summe 1 Mio. Euro je bewirtschaftender Stelle überschreiten. Derartige Zahlungsverpflichtungen sind der Direktion Finanzen bis längstens 20. Jänner 2011 zur Veranlassung der Soll-Stellung zu melden.“

Laut Auskunft des Bewirtschafters war keine Soll-Stellung zu melden, da aufgrund des Nachtragsbudgets für den öffentlichen Nahverkehr alle offenen Zahlungsverpflichtungen budgetmäßig gedeckt waren und im RA 2010 gezeigt wurden. Den Angaben der Direktion Finanzen zufolge, meldeten die übrigen Bewirtschafters keine Ausgabenverpflichtungen ohne budgetäre Bedeckung, sodass sich ein Nachtragsvoranschlag im Zuge des RA erübrigte.

Vollständig umgesetzt

Finalisierung der Umfahrung Ebelsberg

- 37.1.** Der offene Förderbetrag für die Umfahrung Ebelsberg ist umgehend festzustellen und die Finanzierung zu finalisieren. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)
- 37.2.** Der LRH begrüßte, dass der offene Betrag für die Umfahrung Ebelsberg mit 3,8 Mio. Euro festgestellt und bereits im August 2010 bezahlt wurde.

Vollständig umgesetzt

Nutzung von Effizienzsteigerungen

- 38.1.** Nach Abschluss der Evaluierung der Leistungen im Verkehrsressort sollten alle möglichen Effizienzsteigerungen umgesetzt und alle Einsparungspotentiale genutzt werden. Dabei sind insbesondere auch bereits abgeschlossene Leistungsverträge zu hinterfragen. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)

38.2. Wie aus dem Evaluierungsbericht „Der öffentliche Personenverkehr in Oberösterreich - Evaluierung von Effektivität und Kosten der Leistungen im Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr (ÖPNRV)“ vom Juli 2010 hervorgeht, wurden Einsparungen von 11,3 Mio. Euro bei den Leistungsbestellungen im öffentlichen Verkehr erarbeitet. Dies entspricht 15 Prozent der ursprünglich für 2011 vorgesehenen Bestelleistungen von 73,4 Mio. Euro. Die Leistungsreduktionen betreffen die ÖBB mit 8 Mio. Euro und den OÖVV mit 3,3 Mio. Euro. Laut Angabe des Bewirtschafters werden bzw. sind diese Einsparungen auch tatsächlich realisiert. Der LRH anerkennt die Einsparungen im Verkehrsressort, weist jedoch darauf hin, dass die Evaluierungen in den einzelnen Leistungsbereichen noch nicht abschlossen sind und die in Auftrag gegebenen Leistungen laufend auf Einsparungspotentiale und Effizienzsteigerungen zu prüfen sind.

In Umsetzung

Evaluierung des Gesamtverkehrskonzeptes 2008

- 39.1.** In Anbetracht der schwierigen Budgetsituation des Landes und des voraussichtlichen Mittelbedarfs sollte nach Abschluss der Evaluierungsphase auch das Gesamtverkehrskonzept 2008 des Landes OÖ überdacht werden. (siehe Berichtspunkt 40.2. Seite 50 bis 52 des Berichtes zum RA 2009; Umsetzung ab sofort)
- 39.2.** Für eine Aktualisierung des Gesamtverkehrskonzeptes benötigt die Fachabteilung Verkehrszählungen, die österreichweit 2012 geplant sind. Aufbauend auf dieser Verkehrszählung erfolgt eine Evaluierung des Gesamtverkehrskonzeptes 2008 des Landes OÖ. Dadurch verschiebt sich die ursprünglich für 2011 geplante Evaluierung des Gesamtverkehrskonzeptes 2008 um mindestens ein Jahr. Für diese Verschiebung der Evaluierung des Konzeptes ist eine Regierungsvorlage in Vorbereitung.

Erste Schritte wurden gesetzt

6 Anlagen

2 Beilagen

Linz, am 21. Juni 2011

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Pflicht- und Ermessensausgaben 2008 bis 2010

Ggr.	Pflichtausgaben	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
		RA-Werte in Mio. Euro			
0	Leistungen für Personal	1.080,4	1.137,2	1.149,8	12,6
1	Amtssachausgaben	35,7	39,3	39,3	0,0
2	Anlagen	167,6	150,2	90,4	-59,8
4	Förderungsausgaben, laufende Gebarung	814,2	952,0	1.002,0	50,0
6	Förderungsausgaben, Vermögensgebarung	125,8	102,5	65,9	-36,6
8	Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben, übertragene Mittel auf das Folgejahr	2.403,0	2.049,5	2.143,9	94,4
	Summe	4.626,6	4.430,8	4.491,3	60,5

Ermessensausgaben					
3	Anlagen	0,3	0,2	0,2	0,0
5	Förderungsausgaben, laufende Gebarung	440,6	469,3	394,0	-75,3
7	Förderungsausgaben, Vermögensgebarung	10,8	11,7	11,3	-0,4
9	Sonstige Sachausgaben	18,3	19,4	17,6	-1,8
	Summe	470,0	500,6	423,1	-77,5

Gesamtausgaben	5.096,6	4.931,4	4.914,3	-17,1
-----------------------	----------------	----------------	----------------	--------------

Ausgabenverteilung 2010 nach Referaten

Referat	Gesamtausgaben 2010 (Mio. Euro)		Anteil an Gesamt- ausgaben des RA	Pflichtausgaben (Ggr. 0,1,2,4,6,8)		Anteil an Referats- ausgaben des RA	Ermessens- ausgaben (Ggr. 3,5,7,9)		Anteil an Referats- ausgaben des RA
	VA	RA		VA	RA		VA	RA	
11 Erster Landtagspräsident Bernhofer	9,0	8,3	0,2 %	9,0	8,3	99,7 %	0,0	0,0	0,3 %
21 LH Dr. Pühringer*	1.027,3	1.314,4	26,7 %	975,6	1.269,8	96,6 %	51,7	44,6	3,4 %
31 LH-Stv. Hiesl	888,8	912,2	18,6 %	853,1	881,8	96,7 %	35,6	30,4	3,3 %
32 LH-Stv. Ackerl	594,3	594,1	12,1 %	498,4	508,7	85,6 %	95,9	85,3	14,4 %
41 Landesrat Sigl	93,7	94,6	1,9 %	15,4	18,2	19,2 %	78,3	76,5	80,8 %
43 Landesrat Dr. Kepplinger	152,7	138,8	2,8 %	52,4	128,4	92,6 %	100,3	10,3	7,4 %
46 Landesrat Anschober	59,0	61,0	1,2 %	12,6	13,5	22,2 %	46,4	47,4	77,8 %
47 Landesrätin Mag. Hummer**	1.248,4	1.227,5	25,0 %	1.156,9	1.141,5	93,0 %	91,5	86,0	7,0 %
48 Landesrat Dr. Haimbuchner	297,4	284,5	5,8 %	288,7	277,3	97,5 %	8,8	7,2	2,5 %
49 Landesrat Hiegelsberger	263,5	279,0	5,7 %	225,7	243,7	87,4 %	37,9	35,2	12,6 %
Summe	4.634,2	4.914,3	100,0 %	4.087,8	4.491,3	91,4 %	546,5	423,1	8,6 %

* Im Referat 21 sind diverse ressortübergreifende Finanztransaktionen wie z. B. Rücklagenzuführungen enthalten.

** Im Referat 47 sind die Ausgaben für Landeslehrerinnen und Landeslehrer an allgemein- und berufsbildenden Pflichtschulen enthalten, welche größtenteils vom Bund nach dem FAG refundiert werden.

Abweichungen gegenüber dem Voranschlag inkl. NVA 2010 von über 1 Mio. Euro

Unterabschnitt inkl. Text		Mehrausgaben (Mio. Euro)	maßgebliche Gründe für die Abweichung zum VA 2010
699	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	20,9	Oö. Verkehrsverbund, Leistungsbestellungen an die ÖBB
650	Eisenbahnen	20,3	Förderung von Privatbahnen und Nahverkehr --> Diesen Mehrausgaben stehen Minderausgaben beim UA 649 von 54,2 Mio. Euro gegenüber
085	Gemeindebedienstete	20,0	Rücklage zur Sicherung der gesetzlichen Leistungen
560	Betriebsabgangsdeckung	19,7	Beiträge an private Rechtsträger zum laufenden Aufwand
849	Sonstige Liegenschaften	19,6	Umwandlung von LIG-Darlehen in Zuschüsse
419	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	7,2	Oö. Chancengleichheitsgesetz: Bereich Wohnen und Sucht
944	Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz	5,9	Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen von Gemeinden
992	Forderungsberichtigungen und Abschreibungen	5,9	4,4 Mio. Euro Ennshafen Oö. GmbH (Umwandlung eines Darlehens in Zuschuss)
080	Landesbedienstete ohne Lehrer/innen	4,0	Pensionen aus öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis
561	Errichtung und Ausgestaltung	3,9	Investitionen der Gemeinden- und Ordensspitäler
611	Landesstraßen	3,3	Winterdienst und Behebung von Katastrophenschäden
429	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	3,3	Heizkostenzuschuss des Landes
748	Notstandsmaßnahmen	2,7	Behebung von Katastrophenschäden
781	Bildung und Beratung	2,3	Pakt für Arbeit und Qualifizierung in Oberösterreich
020	Allgemeine Angelegenheiten	2,2	Informationstechnologie - Entwicklung und Beratungsleistung, Hardware
250	Horte	2,0	mit Einführung des Gratiskindergartens: erhöhter Bedarf an Hortplätzen und höhere Integrationskosten
529	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	2,0	Förderungen im Bereich erneuerbarer Energie (Biomasse, kontrollierte Raumlüftungen, E-Mobilität)
621	Förderung der Abwasserbeseitigung	2,0	Investitionsdarlehen an Gemeinden
914	Beteiligungen	1,8	Gesellschafterzuschüsse an die gespag, Oö. Thermen- Immobilien GmbH, Traunsee Touristik GmbH,...
441	Maßnahmen	1,8	Elementarschäden durch Hochwasser, Rutschungen, Vermurungen und Hagel
279	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	1,7	Förderung von Bauvorhaben in Bildungshäusern und in öffentlichen Bibliotheken
759	Sonstige Energieträger	1,6	Förderung Biomasseheizanlagen
259	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	1,4	Förderung von Jugendverbänden
249	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	1,2	Ausbau für Krabbelstubenplätze
289	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	1,1	Sanierung/Umbau Schloßmuseum, Landesbibliothek
Unterabschnitt inkl. Text		Minder- einnahmen (Mio. Euro)	maßgebliche Gründe für die Abweichung zum VA 2010
900	Gesonderte Verwaltung	34,3	Aufhebung der Kreditsperre auf Ermessensausgaben (reine buchmäßige Darstellung)
925	Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	9,4	zusätzliche Mehreinnahmen im NVA konnten nicht vollständig erreicht werden
940	Bedarfszuweisungen	6,8	Fremdmittel für Gemeinde-BZ wurden nicht ausgeschöpft
910	Geldverkehr	5,1	Zinserträge lagen unter den Planwerten
961	Provisionen und Rückerstattungen	4,0	Haftungsentgelt
080	Landesbedienstete ohne Lehrer/innen	2,6	Pensionen aus öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis, Rückgang Zinserträge und Pensionsbeiträge
426	Flüchtlingshilfe	2,3	Grundversorgung rückläufig
210	Allgemeinbildende Pflichtschulen, gemeinsame Kosten	2,2	Besoldungskosten werden zu 100 % vom Bund ersetzt, Mindereinnahmen sind eine Folge der Minderausgaben
922	Ausschließliche Landesabgaben	2,2	Einhebung Glückspielautomatenabgabe konnte 2010 noch nicht realisiert werden
208	Pensionen der Landeslehrer/innen	1,7	Mindereinnahmen resultieren aus Minderausgaben
022	Raumordnung und Raumplanung	1,4	Kofinanzierungsmittel aus dem EFRE
649	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	1,2	Beitrag zur Verlängerung der Straßenbahnlinie "3" auf das Harter Plateau erst Anfang 2011 bezahlt
240	Kindergärten	1,1	Mindereinnahmen sind eine Folge der Minderausgaben
941	Sonstige Finanzausweisungen nach dem FAG	1,0	Betrag abhängig von Entwicklung Bruttoertragsanteile sowie Finanzbedarf der Gemeinden

Die Mehrausgaben gegenüber dem VA inkl. NVA wurden durch übertragene Mittel aus Vorjahren, Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen in anderen Bereichen finanziell bedeckt.

Teil 1 Laufende Gebarung					
KZ Bezeichnung der Kennziffer	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
	in Mio. Euro			Prozent	
19 Einnahmen der laufenden Gebarung (Summe 1)	4.096,5	4.091,7	4.086,6	-5,1	-0,1 %
10 Eigene Steuern	17,6	17,7	16,9	-0,8	-4,5 %
11 Ertragsanteile	1.817,5	2.179,4	2.165,1	-14,3	-0,7 %
12 Einnahmen aus Leistungen	68,6	82,0	87,3	+5,3	+6,5 %
13 Einn. aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	80,6	91,4	83,9	-7,4	-8,1 %
14 Lfd. Transferzahlungen von Trägern des öff. Rechts	1.904,3	1.462,9	1.524,1	+61,2	+4,2 %
15 Sonstige laufende Transfereinnahmen	162,6	162,4	162,3	-0,1	-0,1 %
16 Einn. aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	45,4	96,0	47,0	-49,0	-51,0 %
29 Ausgaben der laufenden Gebarung (Summe 2)	3.597,6	3.837,7	4.015,3	+177,6	+4,6 %
20 Leistungen für Personal	1.080,4	1.137,2	1.149,8	+12,6	+1,1 %
21 Pensionen und sonstige Ruhebezüge	436,0	455,1	473,8	+18,7	+4,1 %
22 Bezüge der gewählten Organe	14,7	15,5	14,8	-0,7	-4,5 %
23 Gebrauchs- u. Verbrauchsgüter, Handelswaren	44,7	48,5	49,4	+0,9	+1,9 %
24 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	468,2	502,2	546,0	+43,8	+8,7 %
25 Zinsen für Finanzschulden	0,2	5,6	2,1	-3,5	-62,5 %
26 Lfd. Transferzahlungen an Träger des öff. Rechts	259,2	273,0	324,5	+51,5	+18,9 %
27 Sonstige laufende Transferausgaben	1.294,2	1.400,6	1.455,0	+54,4	+3,9 %
91 Ergebnis der laufenden Gebarung (SALDO 1)	498,9	254,0	71,3	-182,7	-71,9 %

Teil 2 Vermögensgebarung					
KZ Bezeichnung der Kennziffer	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
	in Mio. Euro			Prozent	
39 Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Summe 3)	28,7	27,9	26,4	-1,5	-5,4 %
30 Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	0,3	0,5	0,3	-0,2	-40,0 %
31 Veräußerung von beweglichem Vermögen	0,6	0,6	0,7	+0,1	+16,7 %
34 Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öff. Rechts	27,8	26,7	25,3	-1,3	-4,9 %
35 Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	0,1	0,1	0,1	+0,0	+0,0 %
49 Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Summe 4)	449,6	621,7	516,7	-105,0	-16,9 %
40 Erwerb von unbeweglichem Vermögen	69,7	70,8	68,4	-2,5	-3,5 %
41 Erwerb von beweglichem Vermögen	18,7	22,8	18,7	-4,2	-18,4 %
42 Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	1,7	1,2	1,1	+0,1	+0,1 %
44 Kapitaltransferzahlungen an Träger des öff. Rechts	236,7	278,1	238,3	-39,8	-14,3 %
45 Sonstige Kapitaltransferausgaben	122,7	248,8	190,2	-58,6	-23,6 %
92 Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (SALDO 2)	-420,9	-593,9	-490,3	+103,5	-17,4 %
SALDO 1 plus SALDO 2	78,1	-339,9	-419,0	-79,1	+23,3 %

Rechnungsquerschnitte 2008 - 2010

Anlage 3

KZ Bezeichnung der Kennziffer	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
	in Mio. Euro			Prozent	
59 Einnahmen aus Finanztransaktionen (Summe 5)	971,4	811,8	801,3	-10,5	-1,3 %
50 Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	667,4	0,0	0,2	+0,2	+0,0 %
52 Entnahmen aus Rücklagen	279,5	739,0	517,5	-221,5	-30,0 %
53 Einn. aus d. Rückz. v. Darl. an Träger d. öff. Rechts	1,5	1,2	1,3	+0,1	+8,3 %
54 Einn. aus d. Rückz. v. Darl. an sonst. Untern., Haush.	23,0	40,7	225,6	+184,9	+454,3 %
55 Aufnahme v. Finanzschulden bei Trägern d. öff. Rechts	0,0	31,0	56,8	+25,8	+83,2 %
69 Ausgaben aus Finanztransaktionen (Summe 6)	1.049,4	472,0	382,3	-89,7	-19,0 %
60 Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren	77,6	55,5	2,5	-53,1	-95,7 %
62 Zuführungen an Rücklagen	833,2	300,4	300,8	+0,4	+0,1 %
63 Gewährung v. Darl. an Träger des öff. Rechts	11,4	9,1	11,6	+2,4	+26,7 %
64 Gewährung v. Darl. an sonst. Untern., Haushalte	127,2	106,9	67,5	-39,4	-36,9 %
93 Ergebnis der Finanztransaktionen (SALDO 3)	-78,1	339,9	419,0	+79,1	+23,3 %
94 Jahresüberschuss/-fehlbetrag +/- (SALDO 4)	0,0	0,0	0,0	+0,0	+0,0 %

Übersicht Gesamthaushalt					
80 Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung	5.096,6	4.931,4	4.914,3	-17,1	-0,3 %
79 Gesamteinnahmen (Summe 7)	5.096,6	4.931,4	4.914,3	-17,1	-0,3 %
82 Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung	5.096,6	4.931,4	4.914,3	-17,1	-0,3 %
89 Gesamtausgaben (Summe 8)	5.096,6	4.931,4	4.914,3	-17,1	-0,3 %
99 Administratives Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	+0,0	+0,0 %

Kennziffern mit Nullwerten im Rechnungsquerschnitt sind in der Übersicht nicht enthalten

Oö. Musikschulen - Finanzieller Überblick

Anlage 4

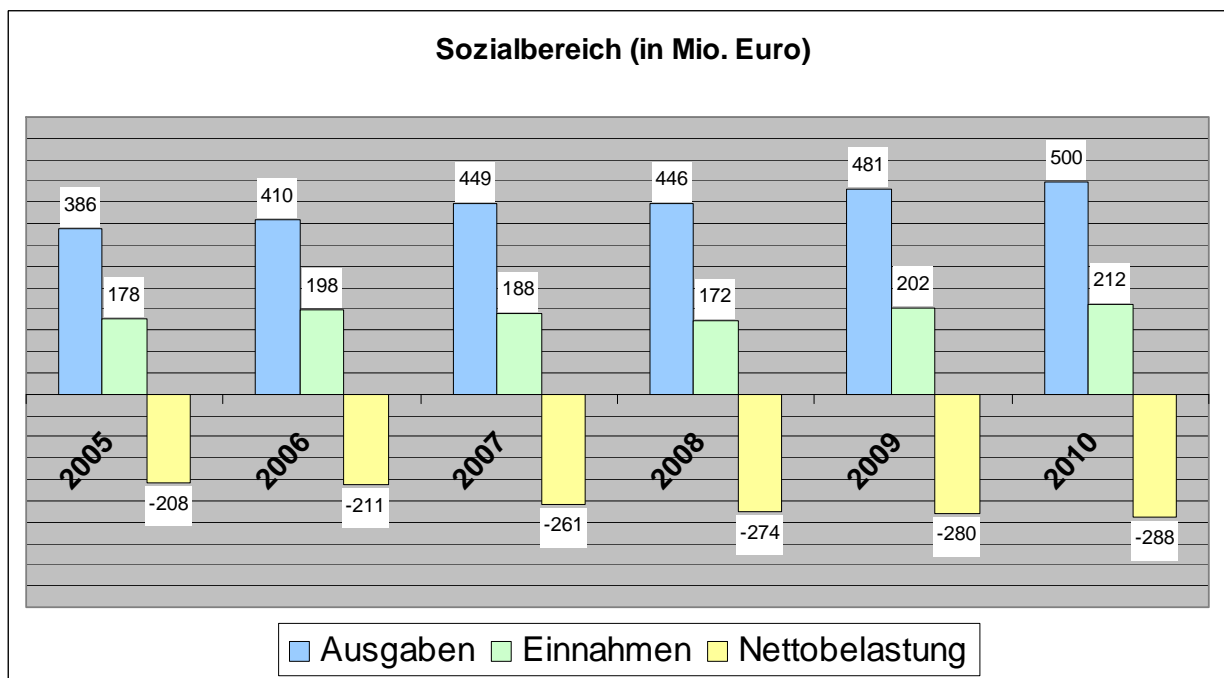
Ausgaben	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
Leistungen für Personal	55.631.560	58.693.211	60.077.027	2,4%
Sonstige laufende Ausgaben	2.405.546	2.570.172	2.659.511	3,5%
Investitionsbeiträge an Gemeinden	4.294.379	5.024.264	3.168.174	-36,9%
Instrumentenzuschüsse an Gemeinden	291.596	176.226	243.105	38,0%
Ausgaben Oö. Landesmusikschulwerk	62.623.081	66.463.874	66.147.817	-0,5%
Personalkostenzuschüsse MS Linz	2.671.091	2.756.139	2.798.370	1,5%
Instrumentenzuschüsse MS Linz	0	24.800	8.586	-65,4%
Ausgaben Musikschulen gesamt	65.294.172	69.244.813	68.954.772	-0,4%
Einnahmen				
Schulbeiträge	7.542.716	7.544.509	7.988.210	5,9%
Rückersätze von Personalleistungen	5.213	1.323	2.181	64,8%
Sonstige Einnahmen	0	0	35	-
Einnahmen Musikschulen gesamt	7.547.929	7.545.832	7.990.426	5,9%
Ausgabendeckungsgrad	11,6%	10,9%	11,6%	

Anmerkung:

Im Rahmen des Oö. Reformprojektes wurde vom politischen Lenkungsausschuss am 2. Mai 2011 festgelegt, dass das Schulgeld für den Besuch der Oö. Musikschulen in zwei Stufen so zu erhöhen ist, dass bis zum Schuljahr 2014 zumindest ein 20%-iger Deckungsgrad erreicht wird. Die erste Stufe dieser Erhöhung des Deckungsbeitrages soll mit dem Schuljahr 2011/2012 beginnen.

Sozialbereich – öffentliche und freie Wohlfahrt

Die Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt und der freien Wohlfahrt (Abschnitt 41 und 42) zeigten in den Jahren 2005 bis 2010 folgende Entwicklung:



Die öffentliche Wohlfahrt (Abschnitt 41) umfasst vor allem Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe (UA 410), Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe (UA 411) und der Behindertenhilfe (UA 413) sowie sonstige Einrichtungen und Maßnahmen nach dem Oö. Chancengleichheitsgesetz (UA 419). Die freie Wohlfahrt (Abschnitt 42) betrifft primär die Flüchtlingshilfe (UA 426) und sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (UA 429). Die Nettobelastung des Landeshaushaltes durch die öffentliche und freie Wohlfahrt stieg seit 2005 von 208,1 Mio. Euro auf 288,1 Mio. Euro im Jahr 2010 (+38,5 %).

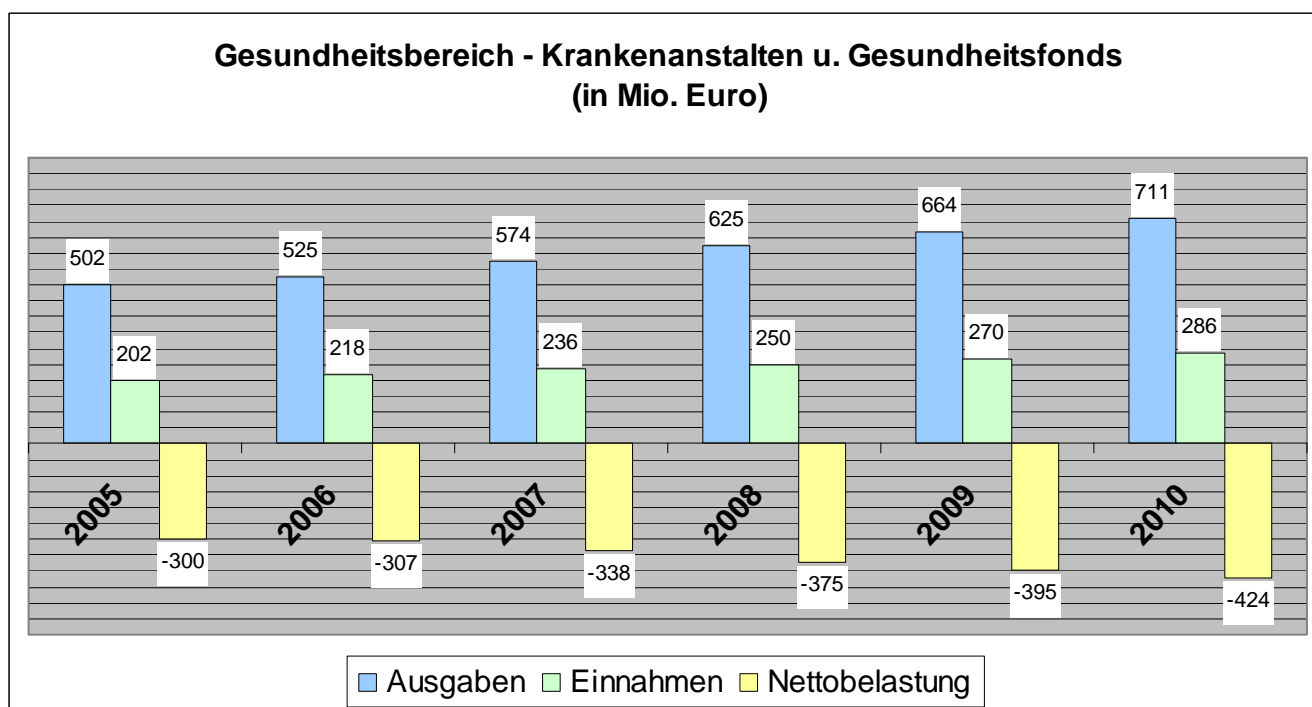
Bei der **allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt** (Abschnitt 41) stiegen die Ausgaben in den Jahren 2005 bis 2010 um 30,3 % von 340,9 Mio. Euro auf 444,1 Mio. Euro. Mit Inkrafttreten des Oö. Chancengleichheitsgesetz per 1.9.2008 verlagerten sich die Ausgaben für die **Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe** (UA 411) und **der Behindertenhilfe** (UA 413) auf den Bereich **Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen** (UA 419). Für die Betrachtung der Ausgaben wurden diese drei Bereiche zusammen gefasst. Sie stiegen von 2005 bis 2010 um 36,7 % von 282,5 Mio. Euro auf 386,1 Mio. Euro.

Im Jahresvergleich 2009/2010 erhöhten sich die Ausgaben bei der allgemeinen öffentlichen Wohlfahrt um 22,9 Mio. Euro. Der Großteil davon (19,2 Mio. Euro) ist auf Maßnahmen im Bereich des Oö. Chancengleichheitsgesetz wie Arbeit und fähigkeitsorientierte Aktivitäten und Wohnen zurückzuführen. Weiters stieg der Bereich der Pflegesicherung um 5,8 Mio. Euro.

Bei der **freien Wohlfahrt** (Abschnitt 42) wuchsen die Ausgaben im Zeitraum 2005 bis 2009 um 33 % auf 60,1 Mio. Euro und sanken 2010 auf 55,6 Mio. Euro. Die Ausgaben der **Flüchtlingshilfe** (UA 426) stiegen bis 2006 auf 34,6 Mio. Euro und verminderten sich bis 2010 um 6 Mio. Euro auf 28,6 Mio. Euro. Die Ausgaben im Bereich **sonstige Einrichtungen und Maßnahmen** (UA 429) erhöhten sich im Zeitraum 2005 bis 2009 um 10,5 Mio. Euro auf 28,6 Mio. Euro und gingen 2010 um 2,6 Mio. Euro zurück.

Gesundheitsbereich – Krankenanstalten und Gesundheitsfonds

Die Einnahmen und Ausgaben für eigene Krankenanstalten, Krankenanstalten anderer Rechtsträger und den Oö. Gesundheitsfonds zeigten in den Jahren 2005 bis 2010 folgende Entwicklung:



Die Nettobelastung des Landeshaushaltes durch die Krankenanstalten und den Gesundheitsfonds stieg seit 2005 um 41,5 % von 300,1 Mio. Euro auf 424,4 Mio. Euro. Nachstehende Tabelle stellt das Ausgabenwachstum im Zeitraum 2005 bis 2010 in Mio. Euro dar:

Betriebsabgangsdeckung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt
gespag	183,8	191,4	207,3	224,5	238,7	251,6	1.297,4
Orden	189,7	191,0	209,5	222,7	227,2	266,6	1.306,8
AKH	51,0	59,3	67,2	64,6	69,6	74,2	385,9
	424,6	441,8	484,0	511,8	535,5	592,5	
Trägerselbstbehalt							
gespag	35,6	36,7	39,0	45,8	44,4	45,2	246,6
Investitionen							
gespag	0,0	0,0	0,0	10,0	13,0	4,0	27,0
Orden	2,9	4,2	7,5	12,1	27,2	22,0	75,8
AKH	0,2	1,0	2,2	1,7	0,0	2,9	7,9
	3,1	5,2	9,6	23,7	40,2	28,8	
Oö. Gesundheitsfonds	39,0	41,4	41,4	43,6	43,9	44,3	253,6
Gesamtausgaben	502,2	525,1	574,0	624,9	664,1	710,8	

Die Gesamtausgaben im Gesundheitsbereich stiegen in den Jahren 2005 bis 2010 um 41,5 % von 502,2 Mio. Euro auf 710,8 Mio. Euro. Die Betriebsabgangsdeckung für Krankenanstalten wuchs um 39,6 % von 424,6 Mio. Euro auf 592,5 Mio. Euro an. Der Trägerselbstbehalt für die gespag erhöhte sich bis 2007 geringfügig, stieg 2008 um 6,8 Mio. Euro und blieb in den Folgejahren in etwa gleich. Die Landesbeiträge für Investitionen stiegen 2005 bis 2009 um 37,1 Mio. Euro auf 40,2 Mio. Euro und gingen 2010 um 28 % auf 28,8 Mio. Euro zurück. Die Beiträge für den Oö. Gesundheitsfonds erhöhten sich um 13,6 % von 39,0 Mio. Euro auf 44,3 Mio. Euro.

SCHLUSSBESPRECHUNG - AKTENVERMERK

Aktenvermerk, LRH-100003/243-2011-Mü,
zur Schlussbesprechung:

Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2010 des
Landes OÖ"

Ort und Datum:

LRH, am 20. Juni 2011

Teilnehmende Organisationen:

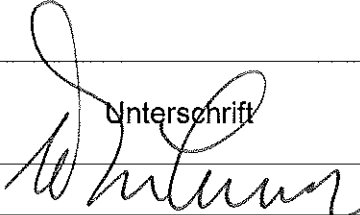
- Büro LH Dr. Josef Pühringer
Direktion Finanzen

Den Vertreterinnen und Vertretern der geprüften Organisation ist das vorläufige Ergebnis der o. a. Prüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden. Die von den Vertreterinnen und Vertretern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle der Berichtsgliederung und mit Kursivdruck).

Gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

1) Die Vertreterinnen und Vertreter **verzichten** auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.

2) Die Vertreterinnen und Vertreter **behalten sich** die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG **vor**.

Organi- sation	Name in BLOCKBUCHSTABEN	Unterschrift	1) Ver- zicht	2) Vor- behalt
Büro LH	LH Dr. Josef Pühringer		X	

LRH:

.....
Direktor Dr. Helmut Brückner

.....
Martin Mühlbacher, MBA

SCHLUSSBESPRECHUNG - AKTENVERMERK

Aktenvermerk, LRH-100003/241-2011-Mü,
zur Schlussbesprechung:

Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2010 des
Landes OÖ"

Ort und Datum:

LRH, am 8. Juni 2011

Teilnehmende Organisationen:

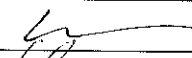
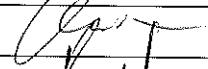
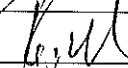


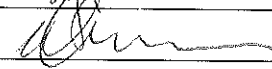
- Direktion Finanzen
- Büro LH Dr. Josef Pühringer

Den Vertreterinnen und Vertretern der geprüften Organisation ist das vorläufige Ergebnis der o. a. Prüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden. Die von den Vertreterinnen und Vertretern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle der Berichtsgliederung und mit Kursivdruck).

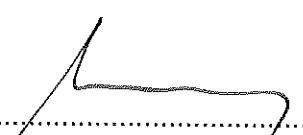
Gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

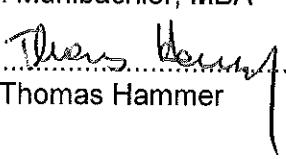
1) Die Vertreterinnen und Vertreter **verzichten** auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.

2) Die Vertreterinnen und Vertreter **behalten sich** die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG **vor**.

Organi- sation	Name in BLOCKBUCHSTABEN	Unterschrift	1) Ver- zicht	2) Vor- behalt
FIN	KRENNER			X
FIN	HINTENAU			X
Fin	REICHEL			X
Boch	KRIEGBER			X
FIN	NIGL			X
Büro LH	WEISSMANN			X

LRH:


.....
Martin Mühlbacher, MBA


.....
Mag. Thomas Hammer


.....
Daniela Grillberger

.....